



Weltkrieg um Wohlstand

Die Globalisierungsbilanz ist gekippt: Asien trumps auf, die gelenkte Marktwirtschaft Chinas wächst zum neuen „Master of the Universe“. Die Arbeitskraft der Europäer wird millionenfach entwertet, ihr Wissen abgesaugt. Der Westen muss sich wehren – oder er scheitert. *Von Gabor Steingart*

Wenn es eine moderne Form von Wahrsagerei gibt, Jürgen Kluge beherrscht sie. Der noch amtierende deutsche McKinsey-Chef, der in dem Beratungskonzern demnächst internationale Aufgaben übernehmen soll, schaut auf die Gegenwart und liest aus ihr die Zukunft

ab. Sein Medium sind nicht Glaskugeln und Tarotkarten, sondern das von seinem Unternehmen und der Technischen Universität Darmstadt entwickelte Computerprogramm „Production Networks“.

In einem abgedunkelten Raum am Berliner Kurfürstendamm hat er die Weltkarte

an die Wand werfen lassen. Er will besser sehen können, sagt er, „was draußen vor sich geht“.

Gabor Steingart: „Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden“. Piper-Verlag, München; 400 Seiten; 19,90 Euro; erscheint am 14. September.



Finanzzentrum von Shanghai

Neue Topografie von Macht und Reichtum

„Production Networks“ vor. Die Länder auf der Weltkarte beginnen zu blinken.

Für Metallverstreibungen aller Art böte sich Indien an, sagt das System. Das Textilwerk für Mittelamerika, da wäre Bangladesch zu empfehlen; einen Computer produziert man am besten in Taiwan, China oder Malaysia. Es sind vor allem asiatische Länder, die das System ausspuckt. Vorneweg die Milliardenreiche China und Indien.

„In Deutschland“, sagt Kluge, „blinkt es nur noch selten.“ Zuletzt war es wieder mal so weit, als ein Unternehmer größere Mengen Schotter für den deutschen Straßenbau herstellen wollte.

„Production Networks“ erfreut sich in Kreisen deutscher Industriefürsten großer Beliebtheit. Es gilt als Geheimtipp unter Investoren. Einer nach dem andern lässt sich von den McKinsey-Männern in die abgedunkelte Welt der Globalisierung entführen. Ein an dem Projekt beteiligter Manager sagt nicht ohne Stolz: „Wir helfen ihnen, ihre Probleme zu emigrieren.“

Schemenhaft wird so die Welt von morgen sichtbar. Eine neue Topografie von Macht und Reichtum ist zu erkennen, die für Millionen im Westen wenig Gutes verheißt: Asiens Aufstieg ist ihr Abstieg.

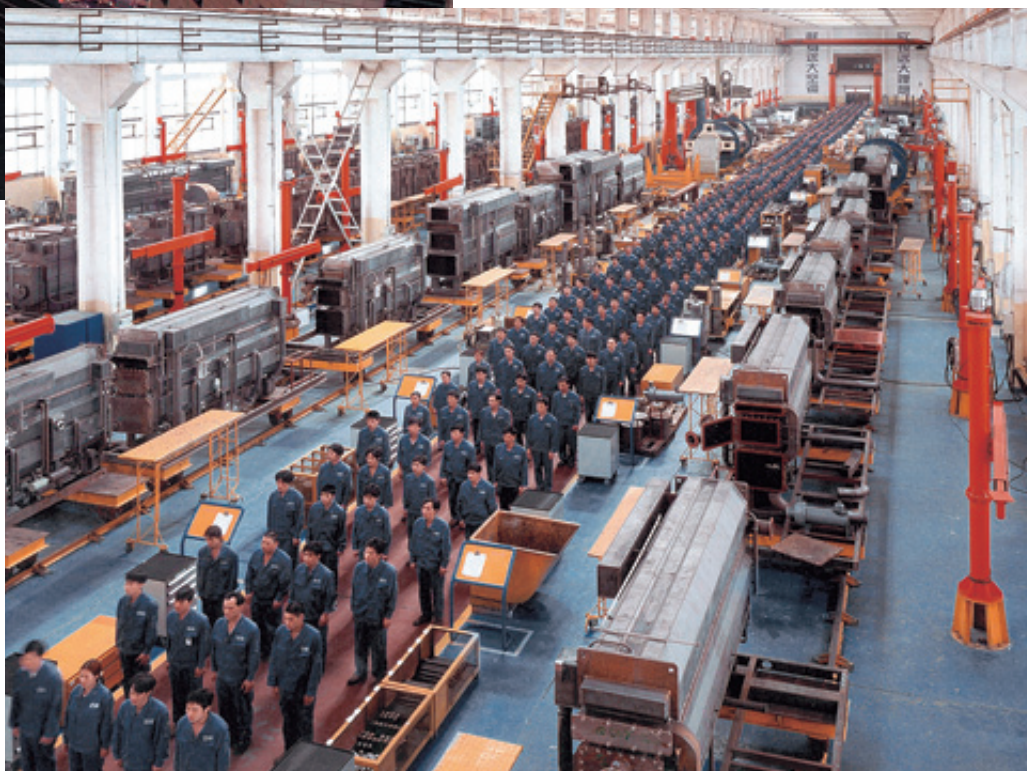
Das Leben wird härter, vor allem dort, wo es nicht mehr blinkt. Die Investoren wandern aus, der Wohlstand schlendert hinterher. Bei denen, die nicht emigrieren können, steigen Urängste auf, die sich durch freundlichere Konjunkturdaten zwar verdrängen lassen, aber nur, um da-

MARTIN SASSSE / LAIF (L.); WOLF / LAIF (R.)

Von der Weltkarte an der Wand führt eine Verbindung über den Tisch-Computer ins indische Gurgaon, südlich von Delhi. Eine Handvoll Inder füttert das System in jeder deutschen Nacht, die ihr Tag ist, mit frischen Daten: Wie hoch sind die Löhne, die Steuern, die Zölle, die Frachtraten in allen 182 Ländern dieser Welt? Wer regiert? Wer protestiert? Wie mächtig sind die Gewerkschaftsbosse? Kurz gesagt: Wie stabil ist das Land für einen, der dort sein Geld investieren will? Das System antwortet meist in Sekundenschnelle: Für die Herstellung von Autogetrieben sollten die wertvollsten Teile unbedingt aus Tschechien kommen. Montieren ließe sich das Ganze am besten in Mexiko oder China, schlägt

Morgenappell in einer Fabrik in Changsha

Wer regiert? Wer protestiert?





GETTY IMAGES

Hafen von Hongkong: Ökonomische Zone höchster Energiekonzentration

nach mit umso größerer Wucht zurückzukehren.

Die Zukunft scheint vielen Deutschen mittlerweile eine einzigartige Ansammlung von Bedrohungen – des eigenen Jobs, der Familie, der persönlichen Existenz. Das Sterben der Handwerksbetriebe, die Konkursanfälligkeit des hiesigen Mittelstands, die weiter grassierende Arbeitslosigkeit und die zur Routine gewordene Kürzung von Lohn und Zulagen verbreiten Angst auch unter denen, die bisher von alledem verschont blieben. So werden aus Zeitzeugen Betroffene.

Ausgerechnet in der Stunde der Gefahren reagieren die westlichen Politiker verstört und oft widersprüchlich. Sie preisen die Vorzüge der Globalisierung, um zeitgleich ihre Wähler auf die bevorstehende Wende zum Weniger einzuschwören. Mit der Sorge um die wählerwirksame Vermittlung von Erkenntnis verschwindet zuweilen die Erkenntnis selbst. Übereinstimmend berichten die Meinungsforscher von einer verunsicherten Gesellschaft, die so nicht zur Ruhe kommen kann. Die Menschen spüren ja: Sie wurden in eine Welt hineingeboren, die es so bald nicht mehr

geben wird. Was sie in Asien sehen, ist nicht eine Fortsetzung ihrer Gegenwart, sondern der Beginn einer neuen.

Wenn Richard Hilmer, Chef von Infra-test dimap, gefragt wird, ob er mit seinen Instrumenten erfassen kann, was die Menschen sich am dringendsten wünschen, zögert er kurz. Dann entfährt es ihm: „Die Mehrheit sehnt sich nach einem ökonomischen Messias.“

DER MITTELPUNKT DER WELT VERSCHIEBT SICH NUN RICHTUNG ASIEN.

Vielleicht würde ja schon das Benennen der Wirklichkeit helfen. Der Westen kann die Asiaten weiterhin als Wettbewerber bezeichnen oder sie wie ehemals als Entwicklungsländer anreden. Ehrlicher wäre es, er würde diese Länder als das sehen, was sie vor allem sind: Angreiferstaaten.

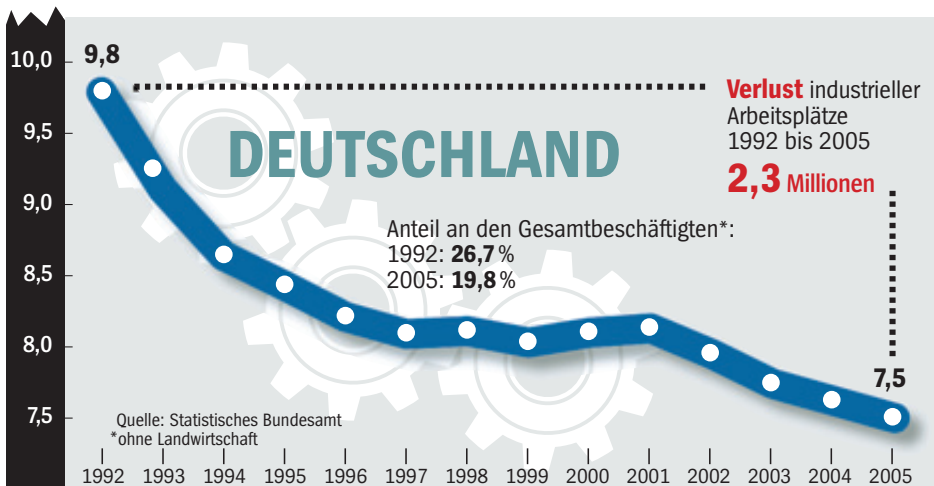
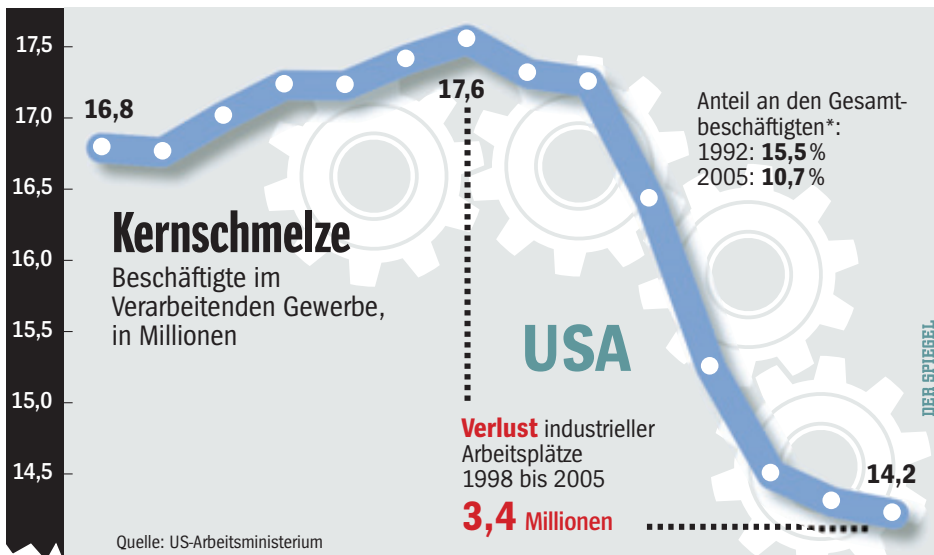
Was in Japan begann, von dort auf die Stadtstaaten Singapur und Hongkong übersprang und schließlich die Tigerstaaten

Südkorea und Taiwan erreichte, hat den Kontinent in eine ökonomische Zone höchster Energiekonzentration verwandelt. Sie alle haben den Weg zum Wohlstand beschritten, der die politische, ökonomische und später auch militärische Architektur der Welt verändern wird.

Es sind vor allem außergewöhnlich große Völker, die da nach den Sternen greifen. Wenn ihre Aufbauarbeit auch nur halbwegs ungestört weitergeht, wird China die USA innerhalb der nächsten 35 Jahre als Wirtschaftssupermacht abgelöst haben. Indien folgt auf dem Fuß. Nahezu zweieinhalb Milliarden Menschen, mehr als das Fünffache der Bevölkerung Europas, versuchen damit, ihrer Geschichte eine glückliche Wendung zu geben.

Schon die Erfolge der vergangenen Jahre sind das Beeindruckendste, was die Wirtschaftsgeschichte je gesehen hat: Die Engländer brauchten knapp 60 Jahre, um ihr Bruttonationalprodukt pro Kopf zu verdoppeln, die USA rund 40 Jahre, Japan schaffte es in etwa der gleichen Zeit, Indonesien in 17 – China in nur 12 Jahren.

Wir sind Zeitzeugen eines ungewöhnlichen Ausbruchs an Vitalität, wie Ex-Kanz-



ler Helmut Schmidt das nennt. Der Mittelpunkt der Welt war nach zwei Weltkriegen von Europa in Richtung Amerika gewandert, um sich nun in Richtung Asien zu verschieben. Die Zeit westlicher Dominanz geht damit zu Ende.

Die Industrialisierung, die im Europa des 18. Jahrhunderts begann, schuf die Grundlage für einen Kapitalismus, der den Westen zu den Sternen trug. Eine atemberaubende Aufwärtsbewegung begann, die erst Europa und schließlich die USA von der übrigen Welt entkoppelte.

Als wäre der Westen an eine brennende Zündschnur angeschlossen, funkte und blitzte es überall. Ein Italiener erfand 1800 die elektrische Batterie, ein Franzose die Nähmaschine. Die Engländer ließen 1838 das erste große Eisenschiff zu Wasser, Ende der zwanziger Jahre entstand die Fotografie. Nahezu alle Nationen des Kontinents trugen etwas zum Gelingen der Industrialisierung bei, auch die kleinen: Ein Schwede erfand das Dynamit, ein Böhme die Schiffsschraube.

Inder und Chinesen, die bis zum Jahr 1500 mit ihrem Pro-Kopf-Einkommen fast gleichauf mit Westeuropa gelegen hatten, waren die großen Verlierer im Wettlauf um

den Wohlstand. Das Wissen explodierte, aber nicht bei ihnen. Die Wirtschaft entfaltete sich, aber fernab ihrer Breitengrade. Die Menschheit war geteilt in technologische Habenichtse und die Besitzer der neuen Wunderwerkzeuge.

Die „économie dominante“, die es nach Ansicht des französischen Wirtschaftswissenschaftlers François Perroux zu allen Zeiten gegeben hat, hieß lange Zeit Großbritannien. Mit den USA wuchs nach zwei Weltkriegen der neue „Master of the Universe“ heran, der nun seinerseits in Bedrängnis gerät.

Die Wirtschaftsmaschine des Westens bleibt auch künftig stark, aber sie ist bald nicht mehr die stärkste. Die westlichen Werte von Demokratie und Freiheit gelten noch, aber bei weitem nicht universell. Das Leben in New York, Paris, London und Berlin geht weiter, aber im fernen Asien entsteht eine neue Hochkultur, deren Selbstbewusstsein schnell auch in Übermut umschlagen kann.

Der Westen besitzt bis heute keine Bedrohungsanalyse. In der Stunde der Herausforderung sind Gegner wie Freunde der Globalisierung im Irrtum vereint. Die Globalisierungsbefürworter glauben, sie

könnten mit Hilfe eines weltweiten Kapitalmarkts gefahrlos ihre Absatzgebiete erweitern. Die Antreiber des Prozesses, so denken viele, seien automatisch auch die Gewinner. Die Globalisierungsgegner sehen mit den gleichen Augen auf die Welt, nur durch eine anders gefärbte Brille. Die internationale Wirtschaftsverflechtung bedeutet für sie noch immer Ausbeutung der Dritten Welt. Die Staaten des Westens zählten für sie per Naturgesetz zu den Profiteuren.

In Wahrheit haben Gewinner und Verlierer im Weltkrieg um Wohlstand die Rollen getauscht. Die neue Stärke der Asiaten führt zur Schwächung des Westens. Es war der deutsche Arbeitsminister und Vizekanzler Franz Müntefering, der in der vergangenen Woche auf einer internationalen Konferenz vor zahlreichen asiatischen Amtskollegen die harten Bedingungen im Weltarbeitsmarkt deutlich benannte. Hungerlöhne, sittenwidrige Gehälter, lebensbedrohliche Arbeitsbedingungen seien nicht hinnehmbar: „Wir dürfen uns nicht gegenseitig in die Knie konkurrieren.“ Die anwesenden Minister blieben stumm.

Die aufstrebenden Weltmächte sind schon heute deutlich imposanter, als es



Wanderarbeiter (im chinesischen Chongqing): Ungewöhnlicher Ausbruch an Vitalität

etwa die Sowjetunion jemals war. Ihr Fundament beruht auf dem Fleiß von Millionen Menschen und nicht auf der Propaganda von Funktionären. Die wichtigste Produktivkraft dieser Völker ist nichts Größeres und nicht Geringeres als ihre Entschlossenheit, der bisherigen Geschichte ein neues, strahlenderes Kapitel hinzuzufügen.

Wir blicken in die Augen eines Gegenübers, das den ehrgeizigen und über jeden Zweifel erhabenen Beschluss gefasst hat, sein Dasein nicht länger am unteren Ende der Wohlstandsskala zu verbringen. Alle Befürchtungen der westlichen Industriestaaten, soziale Unruhe oder ökologischer Kollaps werde das Superwachstum in China abbremsen, waren getarnte Hoffnungen. Sie sind bisher nicht in Erfüllung gegangen.

Selbst die westlichen Länder mit Exportüberschüssen gehören nicht mehr zwangsläufig zu den Siegern des Welthandels. Die Geschichte der deutschen Exporterfolge ist auch eine Geschichte der Niederlagen.

Denn der Preis für den im Ausland erungenen Titel des Export-Vizeweltmeisters wird im Inland entrichtet. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit und der Abbau inländischer Beschäftigung sind die zwei Seiten einer Medaille.

Ein Beschäftigter nach dem anderen muss das Boot der Volkswirtschaft verlassen, damit die anderen, um diesen Ballast befreit, ihr Tempo steigern können. Die vielen Boote der Volkswirtschaft melden

zwar Tempogewinne. Der Staat aber ist ohne Unterlass mit Bergungsarbeiten beschäftigt. In seiner Obhut landen die Gekehrten, also jene Menschen, die die stolze Exportflotte, der sie gestern noch angehörten, nun von hinten sehen. Sieben Millionen Deutsche, fast zehn Prozent der Bevölkerung, beziehen mittlerweile Hilfszahlungen aus dem Hartz-IV-Programm.

Niemand weiß, ob der Vorstoß der Asiaten in die Spitzengruppe der Nationen gelingen wird und welchen Preis dann die anderen zu entrichten haben. Aber wer sehen und fühlen kann, sieht und fühlt es: Asien vibriert. Die Geschichte geht weiter. Das Ausscheiden der einen Super-

DER GLAUBE AN DIE WESTLICHE ÜBERLEGENHEIT GING VIELEN SCHON VERLOREN.

macht wird vom Aufstieg einer anderen begleitet.

Die Aufrüstung der asiatischen Fabriken und Universitäten verändert Europa und die USA womöglich stärker, als es der Kalte Krieg jemals getan hat. Der Kalte Krieg einte den Westen. Länder verschiedenster Herkunft wurden zusammengeschweißt, erst im Geiste und dann in der Nato.

Die Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks befanden sich zwar im Wettbewerb, aber es war ein Wettbewerb unter Gleich-

chen. Man war Partner und Konkurrent zugleich: Ford und General Motors wurden groß, Volkswagen und Fiat auch. Goldman Sachs und Citigroup zogen in die Welt hinaus, die Deutsche Bank und Crédit Lyonnais eilten hinterher. Im Windschatten des Dollars wuchs die Deutsche Mark heran.

Milliarden Menschen, im Grunde die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung aus China, der Sowjetunion, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, der DDR, Jugoslawien und Indien, waren als Wettbewerber auf den Gütermärkten und Teilnehmer auf den Arbeitsmärkten weitestgehend nicht existent. Sie lebten und arbeiteten, aber in einer anderen, uns fremden Galaxie.

Die Welt des Westens war auch deshalb in Ordnung, weil sie anderswo in Unordnung war. Das Leben schien heil, weil das der anderen so offensichtlich kaputt war. Diese Welt des Westens ist zerbrochen.

Der Glaube an die westliche Überlegenheit ging vielen in den vergangenen Jahren verloren, und selbst die größere Effektivität seines politischen und ökonomischen Systems ist eine Behauptung, die nun aufs Neue zu beweisen wäre. Demokratien bevorzugen offene Märkte, heißt es von jeher. Doch diese Zuneigung beruht offenbar nicht auf Gegenseitigkeit: Offene Märkte bevorzugen nicht unbedingt Demokratien.

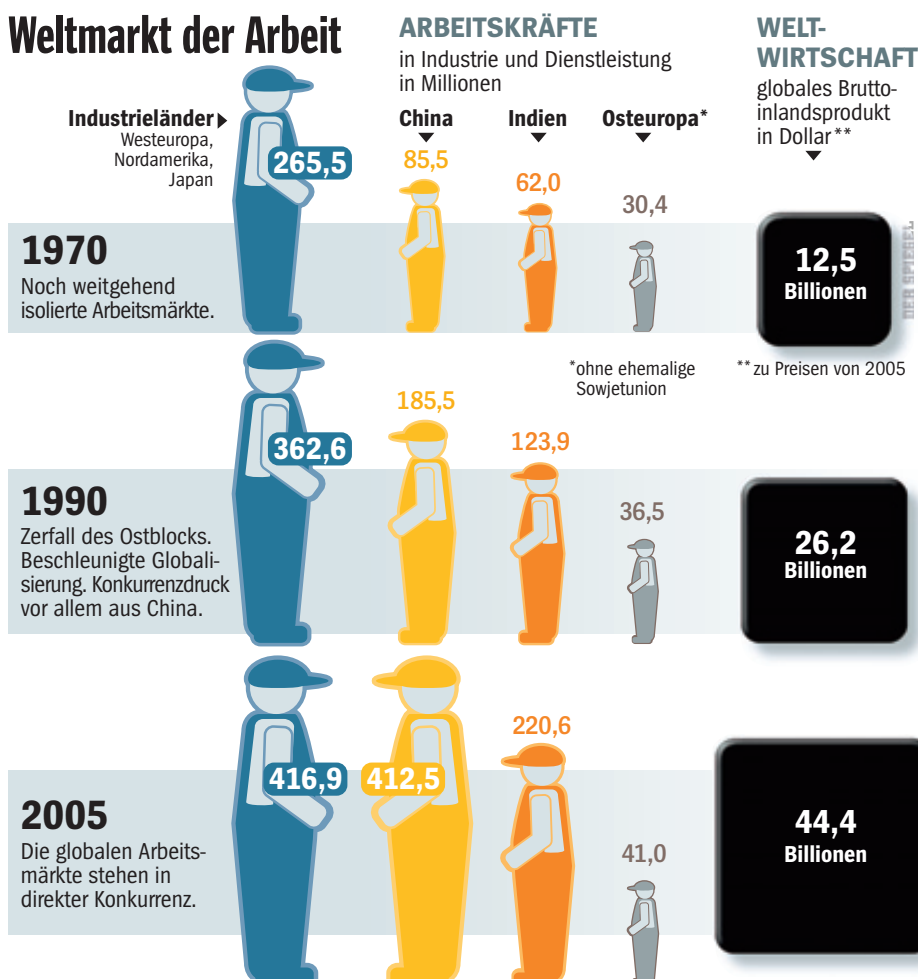
Ängste ziehen auf, düstere Vorahnungen machen die Runde, die sich nicht mehr so einfach vertreiben lassen. Im April 2004 fand in einem grauen Gemäuer am Berliner Tiergarten, das der Deutschen Gesell-



OED / ULLSTEIN BILDERDIENST

VW-Arbeiter in Wolfsburg: *Düstere Vorahnungen ziehen auf, die sich nicht mehr so ohne weiteres vertreiben lassen*

Weltmarkt der Arbeit



schaft für Auswärtige Politik als Sitz dient, unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein denkwürdiges Treffen von Investmentbankern, Staatssekretären, ehemaligen Ministern und Wirtschaftsführern statt. „China als neue Wirtschaftsmacht“ war das Thema, die Diskussion wurde mit großer Offenheit geführt. Sie hatte einen warnenden Unterton.

Die deutsche China-Euphorie werde so bedingungslos nirgendwo auf der Welt geteilt, berichtete der Vizepräsident der Asienabteilung von Siemens. Die deutsche Debatte sage mehr über die deutschen Wirtschaftsinteressen aus als über China, meinte auch Eberhard Sandschneider, der Direktor des Instituts.

In den USA gebe es „Warnungen, die den Konkurrenzgesichtspunkt bis hin zu machtpolitischen Fragen in den Vordergrund stellten“, in Japan werde die Entwicklung in China „mit großer Unruhe“ gesehen, das Reich der Mitte stelle dort in „erster Linie eine Bedrohung dar“.

Er selbst, fasste Sandschneider seine Beobachtungen zusammen, sehe ein China vor sich, das „im Moment die Regeln des Westens akzeptieren muss“. In einigen Jahren werde es dies wahrscheinlich nicht mehr tun: „Dann fangen die Lektionen für den Westen an.“ Das von dem Treffen gefertigte Protokoll wurde später als „Vertraulich – nur zur eigenen Information“ deklariert.

Die asiatische Herausforderung spaltet den Westen, denn seine Unternehmer kol-

laborieren mit den Staaten und Konzernen in Fernost. Sie nutzen die veränderten Produktionsbedingungen, bevor sie ihnen zu schaden beginnen.

Der Kapitalist geht nun einmal dahin, wo die Verzinsung seines Kapitals am höchsten ausfällt. Er baut eine Fabrik unter Palmen oder treibt einen Stollen ins ewige Eis; Hauptsache, am Ende des Jahres ist mehr Geld in der Kasse als zu seinem Beginn.

Das wichtigste Ziel des Kapitals ist es, sich zu vermehren. Wenn es das Gegenteil wäre, wäre niemandem geholfen, auch nicht den Arbeitnehmern. Meist verschwinden mit dem Kapital auch die Arbeitsplätze. In der Zeitung taucht erst das Wort Missmanagement auf, dazu gesellen sich in dichter Abfolge die Begriffe Krise, Sanierungsplan, Arbeitsplatzabbau.

Am Ende entscheidet sich die Überlebensfähigkeit der Arbeitsplätze ohnehin an einer Frage, die in ihrer Schlichtheit schwer zu überbieten ist: Gelingt es, aus

terblieb. Westdeutschland holte eine Zeit lang zwar türkische Gastarbeiter ins Land, aber für sie galten schon nach kurzer Zeit dieselben Regeln wie für die Einheimischen.

Auch zwischen Europa und Amerika wiesen die Arbeitsmärkte keine allzu großen Unterschiede auf. Die Unternehmer diesseits und jenseits des Atlantiks waren Konkurrenten, nicht Rivalen.

Sie zahlten Löhne und keine Almosen. Kinder waren Kinder und keine Knechte. Die bürgerliche Gesellschaft sorgte für einen zivilisierten Umgang zwischen Arbeitnehmer und Fabrikant, so dass beide nach all den wüsten Jahrzehnten von Ausbeutung und Klassenkampf deutlich näher zueinander rückten.

Das westliche Kapital hielt sich in großer Entfernung zu den Armut-Galaxien auf. Man kaufte dort ein, aber man ließ sich dort nicht nieder, weshalb auch die Arbeitsplätze nur eine geringe Neigung verspürten, den Westen zu verlassen. Dieser

auf, begegnen uns in einer ungarischen Spielwarenfabrik oder einer chinesischen Werkshalle für Fahrzeugmotoren.

Eine Unerhörtheit geschah, mit der so keiner gerechnet hatte: Ein Weltarbeitsmarkt entstand, der sich täglich ausweitete und das Leben und Arbeiten von Milliarden Menschen spürbar verändert.

Über ein unsichtbares Leitungssystem sind Menschen, die sich nicht kennen und zum Teil nicht einmal von der Existenz des jeweils anderen Landes wissen, miteinander verbunden. Asien, Amerika und die beiden Hälften Europas rückten zusammen, bilden nun einen Weltmarkt für alles, was handelbar ist: Die Finanzexperten pumpen das Kapital durch den Wirtschaftskreislauf, die Kaufleute schicken ihre Waren hinterher. Und auf dem Weltarbeitsmarkt stehen sich erstmals Milliarden einfacher Menschen gegenüber.

Das eben unterscheidet die heutige Globalisierung von den frühen Handels-



Protest bei VDO-Siemens (in Würzburg): Arbeitsplätze lassen sich nicht durch den Einsatz von Grenzsoldaten im Land halten

Kapital mehr Kapital zu machen? Kein Kapitalist wird zusehen wollen, wie sein Einsatz von Tag zu Tag schwindet. Tut er es wider Erwarten doch, hört er bald schon auf, Unternehmer zu sein.

Das Kapital und der Kapitalist sind eine Einheit, das eine kann ohne den anderen nicht leben. Sie sind verschweißt und verlötet. Staaten wie die DDR, die durch Enteignung versuchten, das Kapital von seinen privaten Besitzern zu trennen, haben es bitter bereut.

Die Arbeit und der Arbeiter leben nicht in der gleichen Symbiose, das ist ihr Nachteil von Anfang an. Ihr Kommen und Gehen über Landesgrenzen hinweg kann gestoppt werden. Ihre Arbeitsplätze aber lassen sich durch den Einsatz von Grenzsoldaten nicht halten. Dass es den Staaten des Westens dennoch jahrzehntelang gelungen ist, auf den Arbeitsmärkten weitgehend unter sich zu bleiben, wirkt in der Rückschau wie das eigentliche Wunder der Nachkriegsjahre.

Die Nationen tauschten alles Mögliche, führten ein und führten aus, Bananen und Fernsehgeräte, Benzin und Stahlplatten. Das Geld wurde hin und her überwiesen, aber der Ex- und Import von Arbeitern un-

Grabten zwischen dem Westen und dem Rest der Welt ist mittlerweile zugeschüttet. Die Kapitalisten stürmen abenteuerlustig hinüber, sie machen von der neugewonnenen Reisefreiheit reichlich Gebrauch. Breitbeinig stehen sie da, die aufgeschlagene Weltkarte in der Hand.

Sie besichtigen die entlegensten Orte der Erde in der erklärten Absicht, sich dort niederzulassen. Die Summe aller Direktinvestitionen, also jener Gelder, die von einer Nation außerhalb der eigenen Landesgrenze investiert werden, betrug 1980 nur 500 Milliarden Dollar. Der Kapitalist alter Schule war ein eher häuslicher Typ. Mittlerweile sind die jährlichen Direktinvestitionen auf zehn Billionen Dollar gestiegen, ein Plus von fast 2000 Prozent in nur 25 Jahren.

Der moderne Kapitalist ist Vielflieger mit Bonuskarte, er ist überall zu Hause und überall fremd. Wer ihn als Nationalisten bezeichnet, wird zu Recht auf sein Unverständnis treffen.

Mit ihm ziehen nun auch die Arbeitsplätze durch die Welt. Sie verlassen den Westen und kommen in einem anderen Land wieder zum Vorschein. Sie tauchen in einem indischen Software-Unternehmen

nationen, den Kolonialimperien und dem Industriekapitalismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts: Zum ersten Mal in der Geschichte hat sich ein weitgehend einheitliches Wirtschaftssystem herausgebildet, das ausnahmslos alle Produktionsfaktoren umfasst: Kapital, Rohstoffe und die menschliche Arbeitskraft werden heute gehandelt wie früher nur Silber und Seide.

Das Entstehen eines Weltarbeitsmarkts ist ein Vorgang von historischer Dimension, wie schon der Blick auf die ungewöhnlich großen Menschenmassen belegt, die nun in seine Richtung drängen. 90 Millionen Arbeiter aus Hongkong, Malaysia, Singapur, Japan und Taiwan schlossen sich in den siebziger Jahren dem Wirtschaftssystem an, das bis dahin Westeuropäer, Kanadier und Amerikaner nahezu allein beschick hatten.

Die Tigerstaaten wurden mit großem Staunen, die Japaner mit der ihnen gebührenden Ehrfurcht begrüßt. Doch diese Neuankömmlinge im Weltarbeitsmarkt waren nur die Vorhut der Moderne.

Wenig später schon baten die Chinesen um Einlass; nach dem Ableben der Sowjetunion folgten Osteuropäer und Inder, wo-

mit nun innerhalb einer Zeit, die historisch kaum mehr ist als ein Augenaufschlag, rund 1,5 Milliarden zusätzliche Menschen im erwerbsfähigen Alter ihre Arbeitskraft anbieten.

Was für eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse: Die 350 Millionen gutausgebildeten, aber teuren Arbeitskräfte des Westens, die eben noch große Teile der Weltproduktion unter sich ausmachten, sind über Nacht in die Minderheit geraten.

Schon diese Angebotserweiterung ist mehr als beachtlich, aber dabei bleibt es nicht. Innerhalb der Angreiferstaaten wachsen aufgrund der hohen Geburtenraten immer neue Menschen nach, die nur darauf brennen, sich dem Weltarbeitsmarkt anzudienen. Sie wollen einen Job, koste es, was es wolle.

In den vergangenen zehn Jahren stieg die Belegschaft im Weltarbeitsmarkt, obwohl kein neuer Staat mehr hinzukam, nochmals um 400 Millionen Menschen. Weitere 200 Millionen Menschen, sagt die dafür zuständige Internationale Arbeitsorganisation der Uno in Genf, würden gern arbeiten, können derzeit aber keinen noch so schlecht bezahlten Job ergattern.

Sie sind arbeitslos, und das heißt: Sie sind Arbeiter im Wartestand.

Viele von ihnen haben noch nie einen regulären Arbeitsplatz besessen. Sie leben als Lumpenproletarier, Handlanger, Tagelöhner oder Slumbewohner, was sie aber aus gutem Grund nicht länger sein wollen. Also drängen sie in die Fabriken, die Lagerhallen und auf die Großbaustellen; das weltweite Arbeitskräftepotential verzeichnet seit Beginn der neunziger Jahre einen Zuwachs von 200 000 Arbeitskräften pro Tag.

Sie alle strömen dorthin, wo sie Wohlstand und Wachstum vermuten, wo sich mutmaßlich von der Zukunft ein Stück abschneiden lässt, das saftiger ist als die mager Gegenwart.

Nie zuvor in der Geschichte hat es eine derartige Ausweitung des Arbeitskräfteangebots gegeben. Eine wahre Arbeiterinflation ist in Gang gekommen, denn dieser Angebotserweiterung steht keine auch nur annähernd vergleichbare Nachfrage gegenüber.

Die westlichen Unternehmer können ihr Glück kaum fassen. Die Regierungen rollen ihnen den roten Teppich aus, und auch ihr alter Gegenspieler, die Arbeiterklasse, macht höflich den Diener. Eine derart üppige Auswahl an willigen und billigen Arbeitern besaßen die Unternehmen noch nie. An jeder Ecke pfeift man ihnen hinterher.

In den Banken flimmern die Börsenkurse aus aller Welt über die Bildschirme. Innerhalb weniger Minuten, manchmal auch Sekunden, kommt es zur Angleichung von amerikanischen Notierungen und europäischen Kursen. Würde im Arbeitsamt ein Bildschirm mit den Löhnen der verschiedenen Länder installiert, wä-



JÜRGEN EFFNER / VARIO-PRESS

Metropole Shanghai: Gehöriger Ehrgeiz

ren viele überrascht, was sie da zu sehen bekämen.

Im Weltarbeitsmarkt ist dieselbe Annäherung der Kurse zu beobachten, nur in Zeitlupe. Durch das zusätzliche Milliardenangebot an Arbeitswilligen ist etwas in Gang gekommen, das bald schon mit großer Wucht auch den Mittelbau der westlichen Gesellschaften verändern wird: Die Löhne und damit auch die Lebensstandards der einfachen Arbeiter bewegen sich aufeinander zu. Ausgerechnet das Kapital sorgt dafür, dass die alte linke Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit nun weltweit durchgesetzt wird.

Einer der großen Irrtümer unserer Tage liegt darin, zu glauben, dass die Millionen Wanderarbeiter in China und die Tarifangestellten in Wolfsburg und Detroit nichts miteinander zu schaffen hätten. Das scheint so, aber so ist es nicht.

Der eine kennt die Autostadt Wolfsburg nicht, und der andere hat nur eine vage Vorstellung davon, was es heißt, ein Wanderarbeiter zu sein. Dennoch sind ihre Biografien auf schicksalhafte Weise miteinander verbunden.

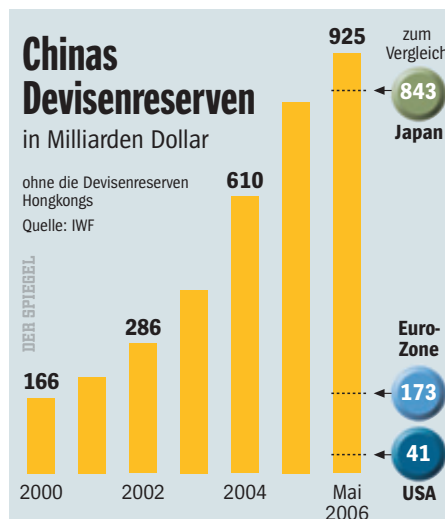
Der Wanderarbeiter, der oft in käfigähnlichen Verschlägen wohnt und ohne rechtliche Absicherung in der Zulieferfirma einer chinesischen Autofabrik seiner Arbeit nachgeht, konkurriert mit dem festangestellten, aber ungelernten Arbeiter ebendieser chinesischen Fabrik. Die Löhne von beiden sind in Sichtkontakt zueinander, weil der Wanderarbeiter sich nichts dringender wünscht, als den Job des chinesischen Festangestellten zu übernehmen.

Die örtlichen Unternehmer sind in der dauernden Versuchung, den einen gegen den anderen auszuspielen. Beide sind, ob sie es wollen oder nicht, erbitterte Lohnkonkurrenten.

Natürlich bemüht sich der Hilfsarbeiter, dieser Lohnkonkurrenz zu entkommen. Er will zum Facharbeiter der chinesischen Pkw-Fabrik aufsteigen, mindestens das. Überstunden, Fortbildungskurse, Lohndisziplin: Er ist bereit, dafür vieles zu tun. Was der Wanderarbeiter für ihn ist, ist er für den angestammten Facharbeiter, ein beinhardter Rivale. Er wird jeden noch so niedrigen Einstiegslohn akzeptieren, zumal keine Interessenvertretung bereitsteht, ihn davon abzuhalten.

Wenn er den Aufstieg geschafft und ein paar Jahre Berufserfahrung gesammelt hat, wird er zum Gegenspieler der Autobauer im Westen. Persönlich ist man einander weiterhin fremd, ökonomisch aber hängt der eine mit dem anderen nun unwiderruflich zusammen. In den Computern der Vorstände sind Lohn und Leistung der beiden Kontrahenten gespeichert. Als Zahlenkolonnen begegnen sie sich. Bei jeder Investitionsentscheidung laufen sie gegeneinander. Auf eine schnelle Anhebung der Einkommen in Fernost oder Osteuropa sollte niemand setzen.

Selbst ein sofortiges Einfrieren der Löhne in Westeuropa bringt nicht viel, hat das Münchner Ifo-Institut errechnet. Bei gleichbleibendem Lohnanstieg in den Angrei-



ferstaaten wären die Einkommen dieser Länder in 30 Jahren noch immer erst halb so hoch wie im Westen.

Es ist derzeit so und nicht anders: Wer in Europa und Amerika seine Lohnhöhe mit nicht mehr begründen kann als dem Tarifvertrag, den teuren Lebensumständen und der westlichen Tradition des Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit, hat künftig keine Chancen, sich durchzusetzen.

Die bisherigen Erfahrungen mit gewerkschaftlicher Gegenwehr fielen für die Beschäftigten ernüchternd aus: Wer den Prozess aufzuhalten versuchte, beschleunigte ihn. Die Alternative für Deutsche, Franzosen und Amerikaner lautet heute nicht Hochlohn oder Billiglohn. Die Alternative für Millionen Menschen in einfachen industriellen Berufen lautet Billiglohn oder gar kein Lohn.

die im Westen verlorenging, kehrt in Gestalt eines importierten Produkts wieder zurück. Dieses Produkt ist nichts anderes als die geronnene Arbeitskraft, die an einem anderen Ort erbracht wurde. Wir können den Arbeitern in Asien oder Osteuropa von hier aus nicht über die Schultern sehen, aber wir sehen das Ergebnis ihrer Schaffenskraft.

Sie schicken es uns per Lastwagen, Luftfracht oder Containerschiff, und die Zollbehörden führen sehr genau Buch über Art und Umfang dieser Lieferungen. Allein in den Jahren von 1997 bis 2003 haben sich die deutschen Importe aus den verschiedenen Niedriglohnländern verdoppelt. In diesen sechs Jahren wuchsen die Einfuhren aus Ungarn jährlich um durchschnittlich 17 Prozent und die aus China um rund 14 Prozent.

unseres Sichtkreises Großes getan hat. Die Steiff-Tiere sehen plüschig aus wie immer, aber die eingenahten Personalausweise lassen erkennen, dass viele der Bären und Affen eine weite Reise hinter sich haben: „Produziert in China, kontrolliert durch Steiff“ heißt es nun.

Auch komplizierte Produkte sind für die Verlagerung gut geeignet. Der neueste Apple-Computer sagt auf seiner Rückseite, woher er stammt: „Designed von Apple in Kalifornien. Zusammengebaut in Taiwan.“

Viele Firmen, die wir für deutsch, britisch oder französisch halten, sind in Wahrheit bereits Firmen, die in ihren Geburtsländern nur noch Rumpfbelegschaften unterhalten. Die dürfen kontrollieren, entwickeln, testen, bilanzieren, verpacken und verschicken, was andernorts erstellt wurde. Das mag beruhigend sein für alle Kontrol-



Stadtzentrum von Tokio, Produktion von Plasma-Bildschirmen in Südkorea: Das Ergebnis asiatischer Schaffenskraft kommt per Luftfracht

Wer geglaubt hatte, die großen Produktionsapparate in Fernost und Osteuropa würden auf die Schnelle zusätzlich an die Weltwirtschaft angeschlossen, sieht seine Hoffnung enttäuscht. Die Integration von Millionen Menschen in Asien geht einher mit der Desintegration von Millionen im Westen. Die Arbeitnehmer der Abschiedsgesellschaften und die Beschäftigten der Angreiferstaaten ergänzen sich nicht, sie ersetzen einander.

Es mag so sein, dass der Weltarbeitsmarkt nach Jahrzehnten der Anpassung für alle ausreichend Platz bietet. Das ist ein Traum, den zu träumen sich lohnt. Aber es wäre töricht, ihn für die heutige Realität zu halten.

Wer genau hinschaut, kann den Abschied der westlichen Arbeitsplätze ziemlich exakt messen. Denn die Arbeitskraft,

Die Ökonomen sprechen von „import penetration“, also von der Durchdringung einer Volkswirtschaft mit den Erzeugnissen anderer Länder. Diese Durchdringung hat sich im Westen beschleunigt, derweil die Eigenproduktion nahezu spiegelbildlich zurückging. Einige Sektoren melden bereits eine Importdurchdringung von über 80 Prozent, was nichts anderes bedeutet als den Abschied dieser Industrien aus Europa zugunsten ihres Neuaufbaus am anderen Ende der Welt.

Die weltweite Wanderung der Arbeitsplätze findet ohne Symbole statt. Es werden keine Grabreden gehalten und keine Tränen vergossen. Firmen wie Grundig, Saba und Nordmende sterben, die Nachfolger heißen Mitsubishi, Sony und Samsung. Nur an den kleinen Produktschildern ist zu erkennen, dass sich außerhalb

leure, Entwickler, Tester, Bilanzbuchhalter, Verpacker und Versender, aber eben nicht für die Menschen, die gestern noch produziert haben.

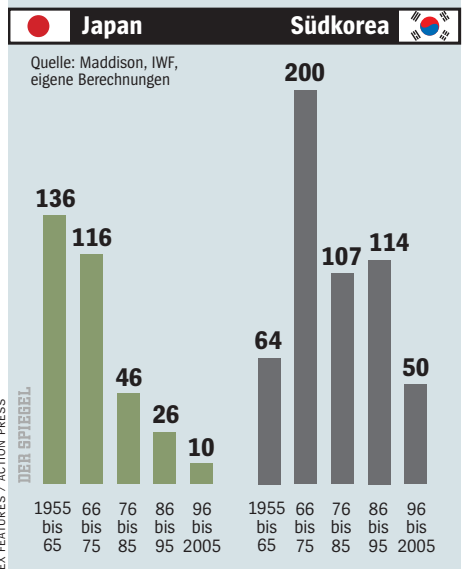
Die Fertigungstiefe sinkt, beschreiben die Experten das Phänomen. Und es klingt nach einem Naturgesetz. Aber in Wahrheit sinkt nichts, dieselbe Fertigung wird in derselben Tiefe erbracht – nur von anderen Menschen mit anderen Löhnen in anderen Ländern.

Es sind dieselben Experten, die seit längerem schon das Ende der Industriegesellschaft voraussagen. Aber da endet nichts. Die Industriebeschäftigung steigt im Gegenteil steil an.

Weltweit hat sie in den vergangenen zehn Jahren um 16 Prozent zugelegt, so dass heute rund 600 Millionen Menschen in den Fabriken dieser Erde beschäftigt sind.

Alte Tiger

BIP-Wachstum in Japan und Südkorea, reale Steigerung in Prozent



Die Industriegesellschaft erlebt weltweit ihre Blütezeit.

Zahlreiche Landstriche haben sich unter dem Druck der Ereignisse spürbar verformt. In Liverpool und Manchester, im Nordwesten Englands, und in den West Midlands bietet sich das Bild einer Industrieflotte, die ausgemustert wurde. Um die großen Städte Frankreichs haben sich Elendsgürtel gelegt.

In den erkalteten Zonen der ehemaligen Industriereviere von Rhein und Ruhr werden heute Arbeitslosenquoten von über 25 Prozent gemessen. In Ostdeutschland ist ohnehin eine Zone reduzierter Wertschöpfung entstanden. Die Menschen überall in Europa verdanken es dem süßen Stoff der Banken, den wir gemeinhin Kredit nennen, dass sie nicht spüren, wie es um sie und ihr Gemeinwesen bestellt ist.



ZACK SECKLER / CORBIS

oder Containerschiff

In den USA ist die Deindustrialisierung weiter fortgeschritten als in Europa. Der Anstieg der Importe führte zu einem historisch einmaligen Schrumpfungsprozess in der Industrie, der viele der hierzulande zu beobachtenden Phänomene noch an Härte übertrifft. Die Fabriken wanderten zunächst vom teureren Norden in den billigeren Süden, bevor sie das Land verließen.

In den fünfziger Jahren arbeiteten noch 35 Prozent der amerikanischen Arbeitnehmer in der Industrie, in den Sechzigern lag die Quote bei 32 Prozent, in den achtziger Jahren rutschte sie unter 20 Prozent. Heute sind rund 11 Prozent der amerikanischen Beschäftigten in der Industrie zu Hause – eine Halbierung innerhalb von nur einer Generation.

„Vaterlandslose Gesellen“, rief US-Präsidentschaftskandidat John Kerry im ver-

gangenen Wahlkampf den Firmen hinterher. Was wie ein Vorwurf klingen sollte, war in Wahrheit nichts anderes als die Beschreibung der Wirklichkeit.

Das Kapital ist vaterlandslos, die Arbeiter sind es nicht. Den großen US-Unternehmen hat die ungestüme Globalisierung vielfach genützt, den Daheimgebliebenen aber wurde schwerer Schaden zugefügt.

Die amerikanische Handelsbilanz, einst ein Dokument globaler Stärke, weist den Riesen heute als Däumling aus. In den USA ist eine Verzerrung der Volkswirtschaft zu beobachten. Nahezu alle relevanten Volkswirtschaften der Welt liefern heute Waren in die USA, ohne in gleichem Umfang dort einzukaufen.

Im Handel mit China betrug das Defizit 2005 rund 200 Milliarden Dollar, im Handel mit Japan waren es gut 80 Milliarden,

Herstellung in gleichem Umfang auf dem Weltmarkt loszuschlagen ist.

Der größte Exporteur wurde zum größten Importeur der Welt. Der wichtigste Kreditgeber verwandelte sich in den bedeutendsten Kreditnehmer.

Heute sind es die Ausländer, die in den Vereinigten Staaten eine Nettovermögensposition in Höhe von 2,5 Billionen Dollar oder 21 Prozent des amerikanischen Inlandsprodukts halten. 9 Prozent aller Aktien, 17 Prozent der Industrienschuldverschreibungen und 24 Prozent der Staatsanleihen werden von Ausländern gehalten.

Die Spartätigkeit in Amerika ist praktisch zum Erliegen gekommen. Die Auslandsverschuldung wächst an jedem Wochentag um die wahnwitzige Summe von rund 660 Millionen Dollar.

eine Weltmarktposition, die beachtlich ist für ein Land, das aus dem Westen noch immer Entwicklungshilfe bezieht.

Zwei Drittel aller Fotokopiergeräte, Mikrowellenherde und Kinderspielzeuge stammen aus dem Reich der Mitte, die Hälfte aller verkauften Digitalkameras, Textilien und ein Drittel der Bürocomputer kommt von dort; ein Viertel aller Mobiltelefone und Autoradios und jede vierte Tonne Stahl.

Angefeuert wird China vor allem vom Nebenbuhler Indien. Das Land bietet den Großkonzernen eine gutausgebildete, englisch sprechende und finanziell vergleichsweise anspruchslose Erwerbsbevölkerung an. Die greift beherzt zu, wenn es gilt, die Arbeit des Westens zu übernehmen.

Indier betreiben heute die Telefon-Service-Hotlines vieler Firmen in England und Amerika, analysieren über Nacht die Rönt-



Konzern-Campus von Infosys (im indischen Bangalore): *Beherzt die Arbeit des Westens übernommen*

mit Europa über 120 Milliarden Dollar. Selbst in den Handelsbeziehungen mit weniger entwickelten Volkswirtschaften wie der Ukraine und Russland kann das heutige Amerika keine Handelsüberschüsse mehr erzielen. Jeden Tag werden in den Vereinigten Staaten Schiffsladungen gelöscht, denen keine Handelsware aus US-Produktion mehr gegenübersteht. Viele Containerschiffe fahren leer zurück.

Wer nach Entlastungsmaterial zugunsten der Supermacht sucht, wird zumindest in der Handelsbilanz nicht fündig. Es sind eben nicht Rohstoffe und irgendwelche importierten Zulieferteile, die für das vergrößerte Ungleichgewicht sorgen. Es sind die Spitzenprodukte einer entwickelten Volkswirtschaft – Autos, Computer, Fernseher, Spielekonsolen –, die von überall her bezogen werden, ohne dass die eigene

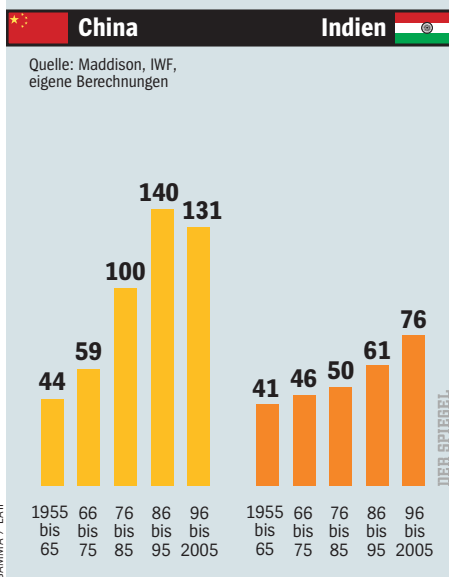
Allein die Privathaushalte sind im In- und Ausland mittlerweile mit elf Billionen Dollar verschuldet, wobei 30 Prozent dieser Schulden allein seit 2003 entstanden sind. Die Amerikaner genießen eine Gegenwart, für die sie immer größere Stücke der Zukunft verkaufen. Der amerikanische Boom der letzten Jahre ist nicht die Widerlegung der Krise, sondern ihr Vorbote.

Die Biologen haben ähnliche Symptome bei Pflanzen beobachtet, die unter dem Eintrag von Schadstoffen leiden. Bevor sie vergehen, bringen sie ein letztes Mal derart kräftige Triebe hervor, dass sie von ihren gesunden Artgenossen kaum zu unterscheiden sind. Der Volksmund spricht von Panikblüte.

Die neue „économie dominante“ wird voraussichtlich China sein. In nur drei Jahrzehnten sicherte sich das Riesenreich

Junge Tiger

BIP-Wachstum in China und Indien, reale Steigerung in Prozent



genbilder der Krankenhäuser, erstellen Präsentationen für die Werbeindustrie, arbeiten am Jahresabschluss von Finanzbuchhaltungen, erledigen die Arbeit hiesiger Personalverwaltungen, entwickeln Software-Programme und bieten ihre Kenntnisse der Informationstechnologie den großen Steuerberatern und Rechtsanwaltskanzleien an.

In ihrer Studie „Der Tiger auf dem Sprung“ rechnet die volkswirtschaftliche Abteilung der Deutschen Bank ihren Kunden vor, dass die Verlagerung nach Indien sich für nahezu alle Branchen lohnt – trotz durchaus hoher Anfangsinvestitionen und zusätzlicher Telekommunikationskosten: „Es können über Lohnarbitrage Einsparungen von 20 bis 40 Prozent realisiert werden.“

Verlagerung bedeutet nicht Demontage. Wäre es so, könnten die Betroffenen die



STEPHEN CHERNIN / GETTY IMAGES

New Yorker Börse: Jeden Tag wachsen die Auslandsschulden um 660 Millionen Dollar

Verlagerung sehen und hören. Es würde überall geschraubt und gefräst, Kisten müssten gepackt und Container verladen werden. Solche Momente sind selten, etwa als chinesische Arbeiterkolonnen 2002 ein Stahlwerk in Dortmund abbauten.

Der normale Arbeitsplatzschwund findet unsichtbar und weitgehend lautlos statt. Es reicht ein grauer, grüner oder rosa gefärbter Bestellzettel, wie ihn viele Firmen als Formular besitzen. Neue Lieferadressen ersetzen die alten, die Firmen lenken nur ihren Materialfluss um.

Sie bestellen Lenkräder, Rückleuchten und Kabelbäume nicht mehr wie früher im eigenen Konzern oder beim heimischen Mittelständler, sondern in Osteuropa oder Fernost. Ein Jahr später kommen noch die Bremsen, das Getriebe und die Stoßstange mit auf den Bestellzettel, bis ein Großteil des Autos auf dem Frachtweg in Stuttgart, Wolfsburg oder München eintrifft.

Vereinfacht kann man sagen: Die Verlagerung der Arbeitsplätze sieht man nicht an dem, was weggeht, sondern an dem, was im Containerhafen anlandet.

Die Unternehmer verschränken die Arme und pressen die Lippen zusammen, wenn sie das Wort Verlagerung nur hören. Die einen verstehen es als Vorwurf, die anderen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Firma.

Die neuen Auslandsarbeitsplätze dienen der Erschließung neuer Märkte, sagen sie, auch um die aufkommende Unruhe im Heimatland zu dämpfen. Sie entsprächen der Ausweitung der Auslandsumsätze, was ja wohl im allgemeinen Interesse sei. Wie anders als mit Mitarbeitern vor Ort solle man denn die Ware losschlagen?

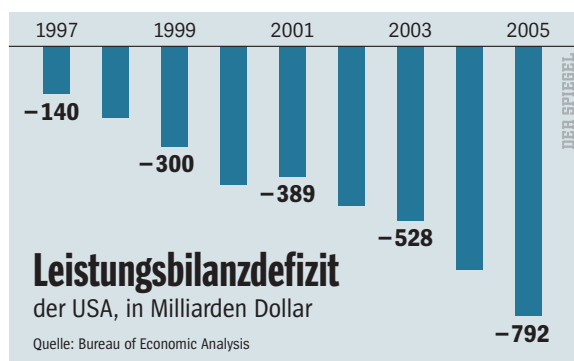
In der Tat sind die Erschließung neuer Märkte und die Ausweitung der Auslandsumsätze wünschenswert und notwendig. Sie sichern die Arbeitsplätze der Daheimgebliebenen. Aber: Sie erklären nicht das

Phänomen der massiven Verlagerung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital aus den westlichen Ländern.

McKinsey hat die Bilanzen der großen internationalen Konzerne BASF, Electrolux, Fiat, General Electric, IBM, Philips, Siemens, Sony und Volkswagen ausgewertet und konnte präzise nachweisen, dass es eine Jobverlagerung gibt, die mit dem Erschließen neuer Märkte nicht das Geringste zu tun hat. Der Auslandsumsatz dieser Konglomerate stieg, aber er stieg von 1990 bis 2002 nur um moderate 8,5 Prozent.

Die Vermögenswerte im Ausland und die Auslandsbelegschaften legten im selben Zeitraum um jeweils 20 Prozent zu. Die westlichen Firmen wollen von der neuen Kundschaft profitieren, das ist der Teil der Wahrheit, der bereitwillig eingeräumt wird. Aber noch stärker wollen sie von den neuen, billigen Konkurrenten der westlichen Arbeitnehmer profitieren, was sie schamvoll zu verschweigen suchen.

Ihre größten Ansiedlungserfolge erzielten die Volkswirtschaften Asiens und Osteuropas bisher bei den einfachen industriellen Tätigkeiten des Westens. In dieser äußersten Schicht des produktiven Kerns, wo die Arbeiter nur wenig Gewinn und zuweilen bereits Verluste produzieren, haben sie es am leichtesten.



Die Belegschaften kennen mittlerweile die Referenzwerte der Auslandsfabriken. Die Chemiefirma Degussa produziert in China und Deutschland dieselbe Spezialchemikalie in derselben Qualität und Menge, nur dass in China die Maschinen etwas altmodischer sind. Dort werden für den gleichen Produktionsausstoß 150 Mitarbeiter gebraucht, hierzulande nur 15, was man den Kosten der Produktion allerdings nicht anmerkt: Die Herstellung der Spezialchemikalie beträgt in China nur den halben Preis.

Ein Hersteller von Mullbinden und Heftpflastern, die baden-württembergische Paul Hartmann AG, sah keine andere Chance für sein Überleben, als einen großen Teil der produzierenden Arbeitsplätze nach China, Indien und Osteuropa zu verlagern. Die Frauen in der chinesischen Fabrik bekommen für 48 Stunden an sechs Arbeitstagen 100 Euro Monatslohn, was bei einem Hilfsarbeiter in Deutschland in etwa dem Beitrag zur Krankenkasse entspricht.

Die Alternative zur Verlagerung wäre nicht die Produktion in Deutschland, sondern die Schließung der Traditionsfirma.

Vor allem einer drängt geradezu penetrant auf günstige Preise: der Kunde. In freien Märkten mit freien Konsumenten wird den sozialen Marktwirtschaften der entscheidende Dolchstoß heute von seinen Freunden versetzt.

Wo auch immer ihr politisches Herz schlägt, links oder rechts, kaum dass die Kunden den Supermarkt oder das Kaufhaus betreten, sind sie nicht bereit, einen Sozialaufschlag zu zahlen.

Der normale Käufer bei Karstadt, Metro und Lidl ist ein regelrechter Globalisierungsfanatiker, der Preis und Leistung vergleicht, aber nicht Nationen und ihre sozialen Sicherungssysteme. Er will Rabatte bekommen und nicht Aufschläge zahlen. Der gute Deal interessiert ihn, nicht das schmutzige Geschäft, das ihm irgendwo auf der Welt vorausgegangen ist.

Er ist ein Materialist, wie er im Buche steht, auch wenn er sich selbst für einen großen Romantiker hält. Nur außerhalb der Geschäftszeiten befallen ihn zuweilen Zweifel. Dann wundern sich viele, wie es denn sein kann, dass so große Teppiche für so kleines Geld zu haben sind und dass die Preise von Computern und Mobiltelefonen zuweilen nur noch einer Art Schutzgebühr gleichen.

Mit jedem Kauf eines fernöstlichen Produkts erteilen die Käufer dem heimischen Sozialstaat und seinen Lieferbedingungen eine Absage. Wenn ihnen keiner in die Arme fällt, vernichten sie mit ihrer Kaufentscheidung kühlen Herzens die heimische Industrie. Denn fast alles, was man

kaufen kann, kann man mittlerweile auch ohne diesen Zusatzstoff erstehen, den wir Sozialstaat nennen.

Wer möchte, kann sein Auto bei General Motors bestellen; dann sind 1500 Dollar Sozialkosten mit eingebaut, wie der Vorstandschef seinen Arbeitern erst kürzlich vorrechnete. Preiswerter wäre es, beim Hyundai-Händler vorzufahren, denn ein vergleichbarer Sozialaufschlag wird den Arbeitern in Korea nicht gezahlt.

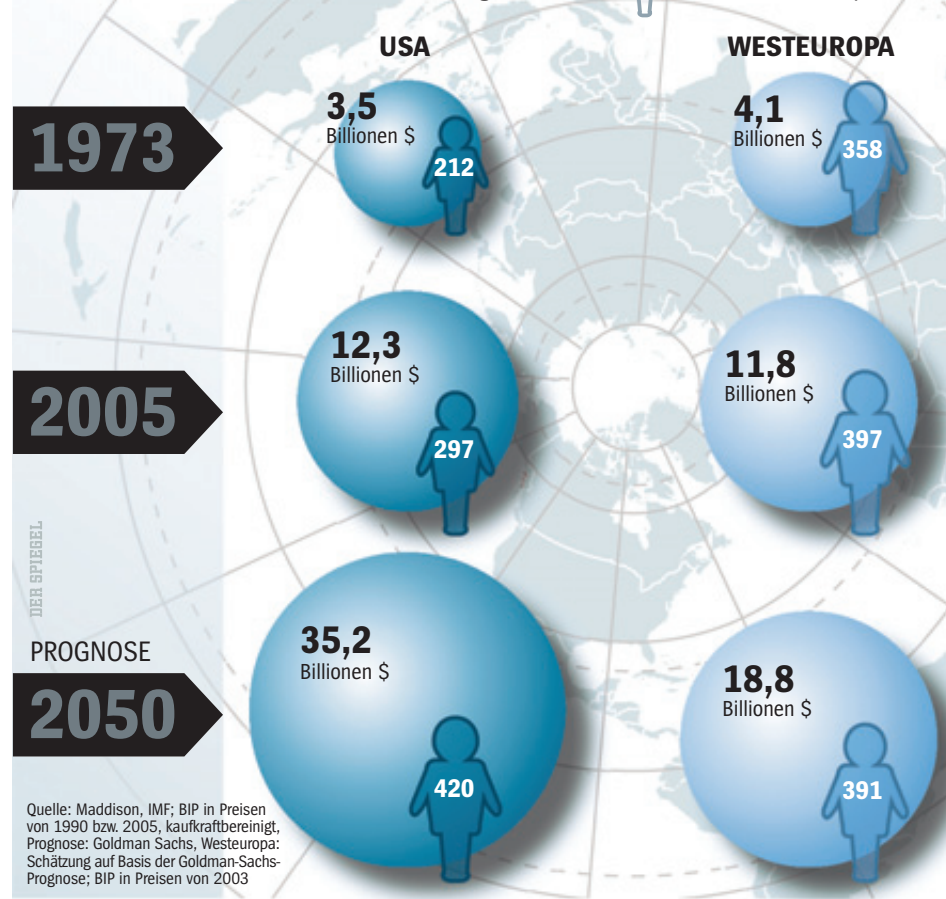
Es gibt an jeder Ecke Waschmaschinen mit eingebautem Sozialstaat, dann kommen sie von AEG aus Nürnberg, sind im Rhythmus der 38 Wochenstunden produziert, zu höheren Löhnen und unter Aufsicht des Betriebsrats. Aber gleich nebenan gibt es die Waschmaschine pur, dann stammt sie aus Taiwan, China oder Polen, wo die Wochenstundenzahlen hoch und die Löhne niedrig sind. Ein Sozialstaat unserer Prägung existiert dort nicht.

Noch immer besitzen 75 Prozent der Weltbevölkerung keine Arbeitslosenversicherung, was ihnen persönlich zum Nachteil, ihren Produkten aber zum Vorteil gereicht. Das Risiko von Krankheit, Armut und Alter tragen sie selbst und eben nicht die Produkte, die sie herstellen. Im Westen ist es umgekehrt.

An der Stelle des Betriebsrats steht in Fernost ein gestrenger Vorarbeiter, der im besten Fall Gnade vor Recht ergehen lässt. Denn das Recht ist in den Produktionshal-

Verschobene Macht

Bevölkerung in Millionen und Bruttoinlandsprodukt



Jobmesse in Chongqing: Angriff auf die Kernkompetenz des Westens

len der Billigkonkurrenz nicht der Freund der Beschäftigten. Sie dürfen arbeiten, aber nicht protestieren. Ihr Lohn wird festgesetzt, nicht verhandelt. Soziale Absicherung bietet die Familie, nicht die Firma.

Rund 60 Prozent aller in Deutschland verkauften Haushaltsgeräte werden heute außer Landes hergestellt. Die restlichen 40 Prozent dürften in absehbarer Zeit folgen. Der Weltmarktführer Electrolux plant, von

den westlichen Werken, die derzeit noch in Europa, Amerika und Australien betrieben werden, die Hälfte zu schließen. Eine Fabrik von der Größe der Nürnberger AEG spart 48 Millionen Euro jährlich – wenn sie denn in Polen steht.

Nur die einfache Arbeit würde uns verlassen, hieß es zunächst. Die sei stupide und nervtötend und noch dazu wenig profitabel. Die Zukunft gehöre der qualifi-

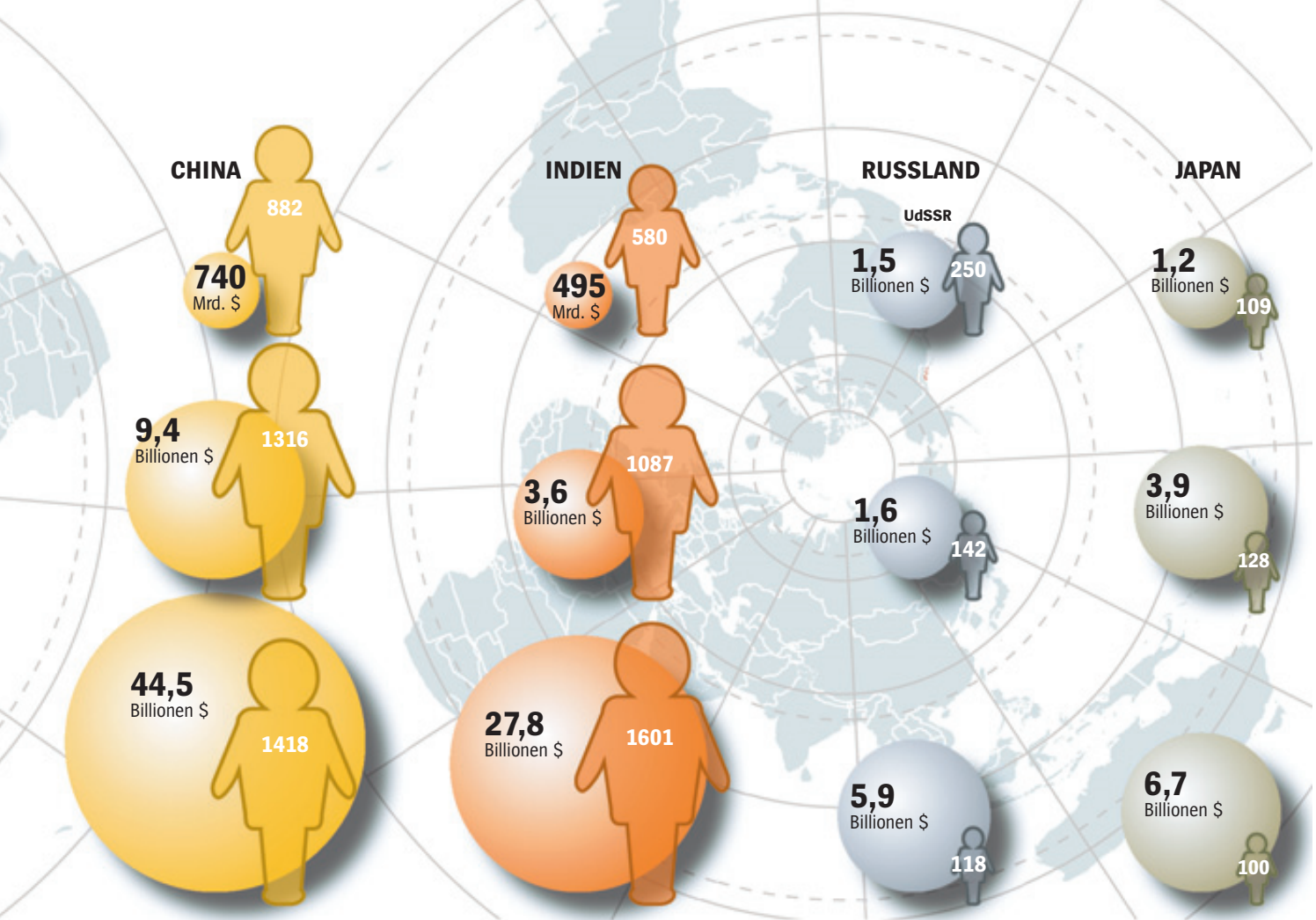
zierten Arbeit in den modernen Dienstleistungsberufen, weshalb es nicht lohne, für die alten Arbeitsplätze das Taschentuch zu ziehen.

Doch die neuen Marktwirtschaften wollen keineswegs in der Zone geringer Produktivität verharren. Sie begannen in der Billigproduktion, aber das war nur ihr Einstiegsangebot. Sie greifen nun auch in der Mitte der westlichen Arbeitsgesellschaft an, bilden große Mengen Akademiker aus, um das zu tun, was bisher in New York, London, Paris und Berlin als moderne, und das sollte heißen, dem Westen reservierte Dienstleistung galt.

Der Angriff auf die Kernkompetenzen des Westens hat damit begonnen: „Die zweite Welle betrifft Hochqualifizierte“, stellt das deutsche Wirtschaftsministerium in der Studie „Globalisierte Arbeitswelt“ fest.

Eine fernöstliche Wissensökonomie entsteht, und schon die Investitionsgelder veratzen einen gehörigen Ehrgeiz. China hat bereits heute knapp ein Drittel der amerikanischen Forschungsausgaben und annähernd die Hälfte des europäischen Niveaus erreicht. Die staatlichen und privaten Forschungsausgaben wachsen seit Jahren um bis zu 20 Prozent und damit teils doppelt so schnell wie die Wirtschaftsleistung insgesamt.

In diesem Jahr verlassen in Indien drei Millionen Menschen die Hochschulen, in



China kommen weitere vier Millionen hinzu. Die asiatischen Staaten haben den Ausstoß an Studierenden seit Anfang der neunziger Jahre spürbar erhöht. Selbst wenn man die angestammte Wissensgesellschaft der Japaner nicht dazurechnet, verließen im Jahr 2005 in Fernost viermal so viele Menschen die Universitäten wie in Europa.

Zusätzlich zu den finanziellen Aufwendungen haben die Chinesen eine neue Tauschwährung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen eingeführt, um ihren Aufstieg zu beschleunigen: das Wissen, genauer gesagt, das Wissen der anderen.

Die Chinesen sind interessiert an Blaupausen aller Art. Den Aufbau von Fabriken und damit den Marktzugang genehmigen sie den Westfirmen nur noch dann, wenn die ihre kleinen und großen Geheimnisse preisgeben: Wie baut man Mikrochips mit Extremspeicher? Wie lassen sich Flugzeugmotoren konstruieren und pflanzliche Gene verändern? Was sind die Geheimnisse der Edelstahlproduktion? Wie schwebt die Magnetschwebbahn?

Früher ging das Wissen von einer Generation auf die nächste über. Heute geht das Wissen von einem Erdteil auf den anderen über. Niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit hat es ohne Krieg und Eroberung einen solchen Wissenstransfer gegeben.

Die westlichen Firmen helfen den Asiaten nach Kräften bei ihrer Aufbauarbeit,

wenn auch keineswegs freiwillig. Die Unternehmer reden nicht gern darüber, unter welchen demütigenden Bedingungen sie auf dem fremden Kontinent zum Zug kommen.

Als Vorleistung für den Markteintritt müssen sie zuweilen das Wissen der vergangenen Jahrzehnte offenbaren. Oft verlieren sie innerhalb weniger Wochen das in ihrer Forschungsarbeit erworbene Know-how, um moderne Stahlwerke, Magnetschwebbahnen oder Automotoren konstruieren und bauen zu können. Dieser Preis für den Eintritt in die fernöstlichen Gemeinschaftsunternehmen wird in keiner Bilanz aufgeführt.

Eine illegale Form des Wissenstransfers kommt noch hinzu, gegen die sich der Westen nur sehr zögerlich zur Wehr setzt. Unter den jungen chinesischen Ingenieuren gilt das Motto: Better try than buy, was sinngemäß übersetzt bedeutet: Lieber kopieren als kaufen.

China ist heute das Stammland der Produktpiraten. In Shenzhen flog eine Firma auf, die originalgetreu die Netzwerktechnologie von Cisco fertigte. In der Inneren Mongolei werden Imitate des Procter & Gamble-Shampoos „Head & Shoulders“ produziert. Die Geschichten des Harry Potter wandern nicht nur als Raubkopien des britischen Originals von Hand zu Hand, die Figur selbst wurde der Autorin entwendet. In chinesischen Büchern

lebt ein zweiter Harry Potter, der mit dem ersten nur den Namen und einige Persönlichkeitsmerkmale gemein hat.

Selbst beim Bau der Magnetschwebbahn in Shanghai ging es nicht mit rechten Dingen zu. Die deutschen Konzerne Siemens und ThyssenKrupp, Erfinder und Lizenzinhaber der Technologie, wurden von ihrem chinesischen Partner seit längerem schon bedrängt, das Innenleben der Führ- und Antriebstechnik zu offenbaren. Die Deutschen weigerten sich, da kam es zu einer illegalen Ausspähhaktion.

Chinesische Ingenieure drangen in einer Novembernacht des Jahres 2004 in die Wartungsstation des Transrapid ein, um Teile der Antriebstechnologie zu vermesen. Sie wurden dabei heimlich gefilmt, weshalb es in diesem Fall immerhin zur Aussprache mit dem Transrapid-Beauftragten Wu Xiangming kam. Die nächtliche Aktion, teilte er den deutschen Konsortialpartnern kühl mit, habe der Forschung und Entwicklung gedient.

So versorgen die Chinesen den innersten Kern ihrer Volkswirtschaft auch mit einer Energie, die andernorts erzeugt wurde. Sie kaufen Zeit durch den Erwerb westlicher Firmen. Bedeutender aber ist: Sie stehlen Zeit durch die kostenfreie Übernahme dessen, was andere ausgetüfelt haben.

„Ein Problem dieser Größe und dieses Ausmaßes kann nur existieren durch die

direkte oder indirekte Mitwirkung des Staats“, sagt Daniel Chow, Professor an der Universität von Ohio und einer der führenden amerikanischen Rechtsexperten auf dem Gebiet des geistigen Eigentums. Der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation und die damit einhergehende Verpflichtung, die Regeln des freien Handels einzuhalten, haben daran nicht viel geändert.

Aufgrund der legal und illegal gewonnenen Erkenntnisse könne die Technologieführerschaft der Westfirmen nun „erfolgreich angegriffen“ werden, heißt es in einer Studie der Beratungsgesellschaft Booz Allen Hamilton.

Philipp Vorndran, Chefstrategie der Credit Suisse, meint: „Die westlichen Industrienationen haben ihr Know-how zum großen Teil an China weitergegeben und damit ihre Aufgabe erfüllt. Sie werden bald nicht mehr gebraucht. Ein Angriff aus China ist nur eine Frage der Zeit.“

Der Staat spielt bei der Neuverteilung von Reichtum und Macht eine wichtige, vielleicht sogar die entscheidende Rolle. Im Westen sorgt er dafür, dass der produktive Kern der Volkswirtschaft Teile seiner Energie für die gesamte Gesellschaft bereitstellt. Der Gewinn verbleibt in den Firmen, aber nicht zu 100 Prozent. Auch die Menschen, die außerhalb der Sphäre reiner Wertschöpfung leben, profitieren.

Der Sozialstaat ist die Relaisstation für das Umleiten von Geldern aus der Sphäre der Produktion in jene Zonen des Landes, in denen ausschließlich konsumiert wird. Der Wohlstand, der im produktiven Kern erwirtschaftet wird, gelangt so auch zu den Menschen, die an der Wertschöpfung nicht beteiligt sind.

Die Rentner waren einst Teil des Kerns und sind es heute nicht mehr. Ihr Lebensunterhalt wird von jenen bestritten, die heute arbeiten. Generationenvertrag heißt diese Koppelung von Arbeitswelt und Ruhestand, die für die meisten westlichen Staaten heute charakteristisch ist.

Die Kinder zählen ebenfalls zu den Bewohnern der Kruste, auch wenn sie in entgegengesetzter Richtung unterwegs sind. Sie ziehen mit den Jahren zum Kern der Volkswirtschaft, wo sie später dann ihren Teil zur Wohlstandsmehrung beitragen werden.

Wichtig ist an dieser Stelle, die Rolle des westlichen Staats zu verstehen: Er sorgt dafür, dass die Sphäre der Produktion mit der Sphäre des Unproduktiven verbunden ist, der Kapitalismus und der Wohlfahrtsstaat bedingen einander.



Elektronik-Fachmarkt (in Hamburg): Vor allem der Kunde drängt auf günstige Preise

Das Sozialbudget, so wird der aus dem Innersten der Volkswirtschaft entnommene Gesamtbetrag genannt, beträgt in Deutschland rund 700 Milliarden Euro, europaweit liegt es bei fast 3 Billionen Euro. In Deutschland verpflichtet sogar die Verfassung den Staat zur Umverteilung. Von der „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ ist die Rede, was nichts anderes bedeutet als die Verpflichtung der Gesellschaft, mit der im Innern des Produktionsprozesses erzeugten Energie auch die Menschen weiter draußen zu wärmen.

Der Staat in China hat eine deutlich andere Funktion. Er schiebt sich wie eine feuerfeste Schicht zwischen Kern und Kruste und sorgt dafür, dass nichts aus dem glühenden Innern in die Randzonen entweicht.

Mit dem Rückzug der Staatsindustrie ging ein Abschied aus der sozialen Sicherung einher, für den Karl Marx nichts als Verachtung übriggehabt hätte. In der Privatwirtschaft blieben die sozialen Sicherungen von Anfang an rausgeschraubt. Die sozialen Verpflichtungen übernahm die Familie – oder niemand.

Der Staat steht seither bereit, die Trennung von Kern und Kruste notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. China ist heute das Land mit den rauesten Gepflogenheiten auf dem Arbeitsmarkt.

Tote werden im chinesischen Wirtschaftsleben billigend in Kauf genommen. Im Jahr 2005 gab es nach westlichen Schätzungen in China rund 100 000 tödliche Arbeitsunfälle, davon etwa 10 000 im Bergbau. Das sind die größten Opferzahlen, die

je für ein Land gemeldet wurden. Zur Exportförderung, auch das ist Teil des asiatischen Wirtschaftswunders, werden in China etwa 7 Millionen, in Asien insgesamt 120 Millionen Kinder zur Arbeit geschickt. Sie knüpfen Teppiche, schleppen Lasten, stecken Plastikteile zu Plastikspielzeug zusammen. Vor allem aber senken sie die Preise.

Seit den wilden Zeiten der industriellen Revolution hat es einen derart urwüchsigen Kapitalismus nicht mehr gegeben, der alles andere zur Seite schiebt, zur Not eben auch das Recht der Kinder auf Kindheit und der Gesunden auf Unversehrtheit.

Die Kommunisten in China sind keine Kommunisten mehr, wie wir sie noch aus Moskau in Erinnerung haben. Sie sind Nationalisten, die ihr Land nach jahrzehntelanger Irrfahrt in die Spitzengruppe der wohlhabenden Staaten steuern wollen.

Einzelne Teile des Landes haben sich in eine Sonderwirtschaftszone verwandelt, die dem einzigen Zweck dient, Profit in seiner reinsten, nahezu kristallinen Form entstehen zu lassen. Darin genau liegt der Unterschied zur Staatlichkeit der Sowjetunion: Der kommunistische Staat dort war ein großer Absauger von Wohlstand, den er dem Innersten seiner ohnehin schwächelnden Volkswirtschaft entnahm.

Angereichert werden die produktiven Kerne Chinas und Indiens mit immer neuer Energie, die aus der Kruste der Volkswirtschaft gewonnen wird. Denn es ist der Staat, der dafür sorgt, dass Arbeitslose und mittellose Landarbeiter nach und nach in den Prozess der Produktion eingegliedert werden. Was wie ein Widerspruch klingt, ist keiner: Der Staat sorgt dafür, indem er sich um niemanden kümmert. Seine Vermittlungsleistung ist der Zwang der Verhältnisse.

Der Kontrast zum Westen könnte hier augenfälliger nicht sein. Derweil vor allem in Europa Arbeitskräfte angesteuert wer-

TOTE WERDEN IN CHINAS WIRTSCHAFTSLEBEN BILLIGEND IN KAUF GENOMMEN.



Chinesische Arbeiter (beim Abbau der Westfalenhütte)*: Mit den Fabriken verschwinden die Jobs

cenverbrauch. Wenn die Chinesen einen Warenwert von 10000 Dollar produzieren, haben sie dafür das Vierfache an Ressourcen eingesetzt wie die amerikanischen Hersteller.

„China bekommt seine Umweltprobleme nicht in den Griff“, sagte erst kürzlich Zhu Guangyao, Vizeminister der staatlichen Umweltbehörde Sepa. Anlässlich des Welt-Umwelttags stellte er Anfang Juni den ersten großen Umweltbericht seit zehn Jahren vor, der eine erschütternde Bilanz offenbarte.

Die jährlichen Umweltschäden betragen demnach bereits zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts – und sind damit so hoch wie das Wirtschaftswachstum selbst.

den, in Richtung Vorruhestand, Arbeitsbeschaffung, Sozialhilfe oder Arbeitslosigkeit, geht Asien den umgekehrten Weg. Immer neue Arbeitskräfte werden dem Produktionsprozess zugeführt, allerdings zu den brutalen Bedingungen, die der Prozess selbst diktiert.

Wichtig ist, den Unterschied zwischen Angreiferstaat und Abschiedsgesellschaft zu verstehen: Selbst Arbeitslose sind nicht gleich Arbeitslose. Die westlichen Arbeitslosen sind die Kernenergie von gestern, die chinesischen Arbeitslosen sind die Energiereserve für morgen. Die einen belasten die Volkswirtschaft, weil sie Geld kosten. Die anderen nützen der Volkswirtschaft, weil mit Hilfe ihrer Anwesenheit die Löhne der anderen gedrückt werden.

Die Angreiferstaaten befeuern ihre Wirtschaftsmaschinerie nicht nur mit menschlicher Arbeitskraft, sondern auch mit einer zweiten, für sie billig zu erstehenden Ressource: der natürlichen Umwelt. Sie wird nach Herzenslust ausgebeutet. Der große Vorsitzende Mao hatte schon früh in einer landesweiten „Kampf der Natur“-Kampagne die Chinesen zu überzeugten Umweltfrevlern erzogen.

Als Klärbecken dient unverändert Mutter Erde, die Wüste wird als Mülldeponie genutzt, die Industrieabgase durchlaufen als ersten Filter die Lungen der Anwohner.

Die Pestizide aus der intensiven Bewirtschaftung der Ackerböden landen in der Nahrung und im Trinkwasser, so dass der menschliche Körper selbst als eine Art Sondermülldeponie funktioniert.

In Shanghai hat sich zwischen Himmel und Erde nahezu ganzjährig eine gräuliche Dunstwolke geschoben, die alles an Partikeln und Schadstoffen enthält, was die Industrie hergibt.

Würden in den Metropolen Asiens die europäischen Grenzwerte für Feinstaub, Trinkwasserqualität und die Belastung von Lebensmitteln gelten, müssten die Fabriken vielerorts schließen. Der Autoverkehr würde ganzjährig ruhen.

Chinas Diktatur und Indiens Demokratie überbieten einander in der Skrupellosigkeit, mit der sie die Natur als kostenloses Rohstoff- und Abfalllager benutzen. Seit der Unabhängigkeit Indiens wurden 85 Millionen Hektar fruchtbaren Bodens verwüstet, durch Überweidung, Überdüngung und Versalzung. Nach einem 1951 aufgestellten Forstplan sollte ein Drittel des Landes bewaldet bleiben. Satellitenaufnahmen zeigen, dass es nur 14 Prozent geblieben sind.

Das asiatische Wirtschaftswachstum beruht eben nicht nur auf einer Leistungssteigerung von Mensch und Maschine, sondern auch auf einem gesteigerten Ressour-

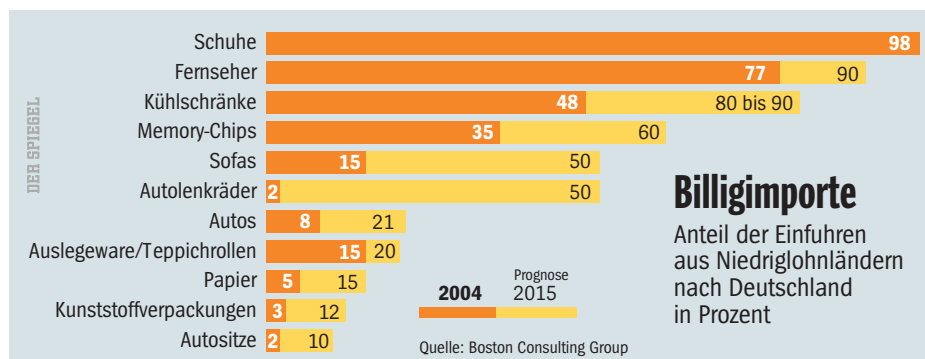
Mit großer Gleichgültigkeit nehmen die westlichen Regierungen bisher die neuen Rivalen und ihren ruppigen Methoden zur Kenntnis. Auch die wirtschaftlichen und kulturellen Eliten sind zu Zaungästen eines Niedergangs geworden, der als naturgesetzlich empfunden wird – was er nicht ist.

Ein offenbar nur schwer auszuräumen- des Missverständnis dient als Entschuldigung für diese Tatenlosigkeit: Die Globalisierung sei eine Urgewalt, wird behauptet, ein geschichtsmächtiger Automatismus, eine weltweite Zwangsläufigkeit, der nur Urwaldvölker und totalitäre Regime wie das in Nordkorea entgehen könnten. Sie sei der Rhythmus der Zeit, dem man sich nur bei Strafe des eigenen Untergangs entziehen dürfe. Wer sich der Globalisierung in den Weg stelle, werde von ihr in den Staub gedrückt.

Würden wir Terrorismus, Rechtsradikalismus und politische Korruption mit gleicher Ergebnislichkeit akzeptieren, könnten wir viel Aufwand sparen. Freie Bahn dem Schicksal, würden wir uns gegenseitig zurufen. Die Welt sei nun mal explosiv, gewalttätig und korrupt, weshalb man sich gar nicht erst dagegenzustemmen brauche. Die Überwachungskameras auf Flughäfen, in U-Bahnhöfen und an Ministerien könnten getrost abgeschraubt werden.

Natürlich haben die nationalen Interessenvertreter, von den Gewerkschaften über die Parteien bis zur Handwerksinnung, im Zeitalter der Globalwirtschaft einen Bedeutungsverlust erlitten. Aber dieser ist keine Kapitulationsurkunde, die der Weltgeist ausgestellt hat. Wir können ihn auch begreifen als eine Aufforderung, über den bisherigen Aktionsrahmen hinaus zu denken.

Denn die Interessen der Beschäftigten sind nicht weniger global als die des Ka-



* Das Dortmunder Stahlwerk wurde 2002 demontiert und im chinesischen Zhangjiagang bei Shanghai wieder aufgebaut.



PHOTOSHOT / INTERTOPICS

Studenten bei ihrer Abschlussfeier (in Chongqing): *Die freundlichsten Angreifer der Weltgeschichte*

pitals. Sie müssen heute außerhalb und innerhalb des Nationalstaats vertreten werden und außerhalb seiner Grenzen deutlich raffinierter, als das bisher noch der Fall ist.

Die Tarifpolitik ist dafür nur noch bedingt geeignet. Sie setzt die Preise der örtlichen Arbeitskraft fest, nicht aber die der Lohnkonkurrenz in China. Jeder Erfolg am Tarifstisch kann sich binnen weniger Wochen in sein Gegenteil verkehren.

Wer Einfluss nehmen will auf den Preis der Ware Arbeitskraft und die Bedingungen, unter denen sie antritt, muss seine Methoden den neuen Möglichkeiten anpassen. Er muss sich vom Tarif- zum Handelspolitiker entwickeln.

Der Handelspolitiker hat einen deutlich längeren Arm. Er entscheidet, ob er seinen Landsleuten den Wettbewerb mit Lumpenproletariern und Umweltfrevlern tatsächlich zumuten will. Er ist der Türsteher der Globalwirtschaft.

Die Ware kommt von sonst woher, aber sie muss an ihm vorbei; die Flughäfen in Paris, London und Frankfurt, die Seehäfen in Rotterdam, Amsterdam und Hamburg sind seine Kontrollstationen.

Entscheidend ist der Unterschied zwischen Handel und Handelspolitik. Der Händler schaut auf die Welt und sieht den Warenfluss, der sich wie ein Urstrom durch die Kontinente schiebt. Dieser dürfe von

Menschenhand nicht berührt werden, glaubt er, weil das die Fließgeschwindigkeit nur verlangsamt.

Der Handelspolitiker sieht denselben Strom, doch er verspürt einen politischen Gestaltungsauftrag. Er will nicht zwingend den Handel mehren, wohl aber den Nutzen seines Volks.

„Managed trade“ nennen die Amerikaner diesen Denkansatz, gestalteter Handel, was nicht zu verwechseln ist mit Protektionismus. Denn eine Außenhandelsdoktrin, die schützende Zollmauern und strenge Einfuhrquoten vorschreibt, ist ähnlich unsinnig und mindestens genauso schädlich wie die Lehre vom unbedingten Freihandel.

Die Grundidee der Handelspolitik ist ja gerade die freie Wahl der Waffen: Der Staat gewährt die Eintrittskarte zum nationalen Marktplatz, und er tut dies zu seinen Bedingungen. Er verlangt Standgebühren, oder er lässt es bleiben, vor allem aber erwartet er, dass man sich an die von ihm gesetzten Regeln hält. Er ist nicht die Marktfrau, die selbst verkauft. Aber der gestrenge Marktwächter ist er schon.

Der Staat sollte sich raushalten aus den Handelsströmen, er richtet nur Unheil an, wenn er sich auch da noch einmischt. Das ist bisher die europäische Position. Wer die Staatskunst unserer Zeit halbwegs richtig einschätzt, muss zugeben: Die Besorgnis ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen.

Der Staat hat schon häufiger bewiesen, dass er den hohen Erwartungen an ihn nicht gerecht wurde. Der Staat als Manager des internationalen Handels ist kein rundweg wohliger Gedanke.

Aber: Es ist ein notwendiger Gedanke. Denn der Besorgnis liegt ein Irrtum zugrunde, der von jenen, die sich besonders laut sorgen, gern verschwiegen wird. Der Staat, der sich heraushalten soll, tut das zwar in Europa, aber er tut es nicht in Indien, nicht in Singapur, Japan, Südkorea und Malaysia – und schon gar nicht in China.

Der Staat ist überall da, wo derzeit die rauschenden Erfolge gefeiert werden, der große Förderer und Beschützer der Exportindustrien. Er organisiert und garantiert jene Bedingungen, die dazu führen, dass Europa unterboten wird.

Der Aufstieg Chinas ist in erster Linie das Werk von Politikern, nicht das von Marktkräften. Die Staatsführung hat sich einer gelenkten Marktwirtschaft verschrieben, und westliche Regierungschefs stauen nicht schlecht, mit welcher Lust und welchem Wagemut dort das Spiel mit den vielen Unbekannten gespielt wird. In Peking und anderswo setzt man auf die „schöpferische Zerstörung“ – auch die des Westens.

China wird von einem Bankensystem bewässert, das nach anderen als nach

Rentabilitätskriterien funktioniert. Die Zölle umgeben ganze Industrien wie einen Schutzwall. So will der Schuhexporteur China auf keinen Fall die Schuhe jener Länder abnehmen, die noch billiger produzieren. Der Inlandsmarkt wird mit einem 27-prozentigen Preisaufschlag vor ihnen abgesperrt. Die Führung des Landes folgt erkennbar nicht dem Fixstern des Freihandels, auch wenn sie sich in internationalen Verträgen dazu verpflichtet hat.

Europa schaut wie gebannt auf das fernöstliche Treiben. Es gibt keinen Konsens außer dem einer kollektiven Empörungskultur, womit die chinesische Staatsführung zu leben gelernt hat.

Westliche Besucher mahnen faire Handelsbedingungen an, fordern den Schutz geistigen Eigentums, äußern sich kritisch zur Rolle der Währungspolitik. Mit unbewegten Mienen nehmen Chinas Staats- und Regierungschefs das westliche Wehklagen entgegen, sie bitten um Verständnis,

Die internationale Handelspolitik gleicht nun mal einem Pokerspiel, wo der eine den anderen zu übertrumpfen versucht. Wer die Trumpfkarten aus ideologischen Gründen beiseitelegt, wird die Partie schwerlich für sich entscheiden können. Der Friedfertige ist der Dumme.

Die Hoffnungen auf ein Weltwirtschaftssystem, das von allein sein Gleichgewicht findet, schwinden mit jedem Handelstag. Amerika verliert seine Lieferfähigkeit und Europa seine Beschäftigten. Wer sehen und fühlen kann, sieht und fühlt die Spannungen und Ungleichgewichte, die entstanden sind – innerhalb der Staaten und zwischen ihnen.

Die Europäer könnten schon beim Blick in den Rückspiegel erkennen, dass der Welthandel vom ersten Tag an nicht das friedliche System des Warenaustauschs war, als das es heute vielfach ausgegeben wird. Es herrschte ein archaisches Verdrängen und Vernichten von Anfang an.

seinem Erfindungsreichtum beeindruckt, eingeschüchtert und schließlich in nahezu jeder Hinsicht dominiert hatte, ging in Flammen auf.

Die Lehre für die Nachgeborenen stand 1945 unverrückbar fest: Jenes System, das in seinen besten Tagen aus Geld mehr Geld entstehen lässt, bedarf einer gutgeöhlten politischen Regelungstechnik. Fehlt oder versagt sie, bricht der Geldkreislauf und überhaupt jedes vernünftige Wirtschaften zusammen. Das weitverzweigte Leitungssystem des Welthandels läuft heiß und explodiert, wenn die Machtfragen alles andere beiseitedrängen. Die Welt gehört dann den Militärs, die Kaufleute sind bestenfalls noch als Finanziers der Völkerschlacht gefragt.

Wenn man der europäischen Geschichte im frühen 20. Jahrhundert einen Fehler vorhalten will, dann den: Der industriellen Revolution folgte keine Revolution des politischen Denkens. Die Erfinder und Tüftler hatten die Welt der Wirtschaft beschleunigt, die Staaten aber blieben stehen.

Die globale Wirtschaftswelt von heute steht ähnlich unvermittelt neben den Nationalstaaten. Es ist zu einer merkwürdigen Ungleichzeitigkeit gekommen. Einerseits interessieren sich die Europäer sehr dafür, was jenseits der Landesgrenze mit Luft, Wasser und ihrem investierten Kapital passiert: Es gibt Umweltschutzabkommen und Verträge über den Schutz ausländischer Investitionen mit mittlerweile über hundert Ländern.

Der Staat achtet heute überall darauf, dass kein schmutziges Geld seine Grenzen passiert. Millionen aus Drogenschmuggel, Menschenhandel und illegalen Waffengeschäften wird mit den Möglichkeiten moderner Kriminalistik nachgespürt. Es wird geschnüffelt und beschlagnahmt, was die Schwarzgeldverschieber unter Stress setzt. Der Staat gewinnt die Partie nicht automatisch, aber er weicht dem Spiel zumindest nicht aus. Seine Botschaft an die Kriminellen ist klar: Seid wachsam, denn wir sind es auch.

Bei der Einfuhr von Lebensmitteln wird ebenso genau hingeschaut. Die Lebensmittelgesetze von Vietnam oder Marokko, sie gelten in Vietnam und Marokko, müssen uns nicht weiter interessieren. Was aber zum Verzehr in Deutschland, Frankreich und Italien auf den Tisch kommt, regeln die heimischen Einfuhrbestimmungen.

Treffen im Tiefkühlregal Krabben aus der deutschen Nordsee und Shrimps aus China aufeinander, können die Kunden halbwegs beruhigt sein: Für beide gelten die gleichen Gesetze über verbotene Zusatzstoffe. Kühl heißt es in einer Mitteilung der deutschen Zollverwaltung vom 25. November 2005:

Bei verschiedenen aus China eingeführten Lebensmitteln wurde in der Ver-



Transrapid-Trasse (in Shanghai): Der Friedfertige ist der Dumme

sie versprechen Abhilfe, um seit Jahrzehnten nichts zu unternehmen.

Zu einem Wechsel vom Handel zur Handelspolitik konnte sich Europa bisher nicht entschließen. Wer das Wort Protektion nur ausspricht, riskiert Verdächtigungen aller Art. Den Männern der Wirtschaft schwillt der Kamm, Politiker rollen mit den Augen. So ist es von jeher. Aber: So wird es nicht bleiben. Die neue Zeit dürfte schon bald eine Kurskorrektur erzwingen.

Die Frage lautet ja nicht: Sollte weltweit der Freihandel beendet werden? Die Frage lautet vielmehr: Wann nimmt der Kontinent zur Kenntnis, dass es einen lupenreinen Freihandel nur im Denken europäischer Wirtschaftspolitiker gibt, nicht aber im wahren Leben der Staaten? Die Handelskonditionen sind für China eine Frage der Nützlichkeit, nicht des Glaubens. Europa täte gut daran, hier für Waffengleichheit zu sorgen.

Das militärische Ringen brach 1914 ja keineswegs aus heiterem Himmel los. Ihm war ein jahrzehntelanger Weltwirtschaftskrieg vorausgegangen. An jeder Straßenecke roch es nach Konflikt: Preiskrieg, Handelskrieg, Kolonialkrieg, Weltkrieg waren die Stichworte einer ganzen Epoche.

Den friedlichen Warenaustausch gab es schon damals nur in den Werken der ökonomischen Klassiker. Die Briten produzierten Tuch, die Portugiesen Wein, und der Austausch Tuch gegen Wein würde sich für beide günstig auswirken, so hatte es der britische Nationalökonom David Ricardo beschrieben. So hätte es sein können, aber so war es nicht. Während Marx die Klugheit des Kapitalismus unterschätzte, hat Ricardo sie zu hoch eingestuft.

In einer Zeitspanne von nur drei Jahrzehnten verschwand Europa zweimal unter Bergen von Schutt und Leichen. Ausgerechnet der Kontinent, der die Welt mit



KEVIN LAMARQUE / REUTERS

Kanzlerin Merkel, US-Präsident Bush (in Washington): Türsteher der Globalwirtschaft

gangenheit immer wieder das Antibiotikum Chloramphenicol festgestellt. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben deshalb die gewerbliche Einfuhr von Erzeugnissen tierischen Ursprungs verboten. Dazu gehören vor allem Lebensmittel wie Shrimps, Geflügel, Kaninchenfleisch und auch Honig.

Nur die Ware Arbeitskraft bildet eine seltsame Ausnahme. Die Nationalstaaten schauen weg, winken jeden herein, der anklopft: Die Arbeit kann so billig sein, wie sie will, sie kann unter menschenverachtenden Bedingungen erbracht werden, sie darf alle zu Hause geltenden Standards – von der Arbeitshygiene über die Frauengleichberechtigung bis zum Verbot der Kinderarbeit – großzügig unterbieten. Niemand im Zollamt interessiert sich dafür. Die Arbeitskraft ist von allen handelbaren Gütern die freieste. Sie reist unbehelligt ein, unsere Wert- und Preisvorstellungen sind für sie suspendiert.

Treffen am Ladentisch zwei Mobiltelefone aufeinander, interessiert sich niemand dafür, dass sie zu unterschiedlichen sozialen Bedingungen hergestellt wurden. Das eine beinhaltet alle sozialen Verpflichtungen eines entwickelten Industrielandes, von der geregelten Arbeitszeit bis zum Mutterschutz. Das andere entstand zu den Bedingungen der kapitalistischen Urgesellschaft, in der die Arbeiter nicht viel mehr Rechte genießen als ein Hofhund. Das Zeitalter der Sozialstaaten trifft auf die Ära des Manchester-Kapitalismus, und plötzlich sehen die, die sich für modern hielten, ziemlich alt aus.

Die Mindeststandards für die Arbeit, die von der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf entwickelt wurden, werden von allen Angreiferstaaten mit großer Kaltschnäuzigkeit ignoriert. Sie sind kein Muss im internationalen Warenverkehr, eher eine unverbindliche Empfehlung, weshalb für sie in China und Indien die alte Bürokratenregel gilt: Gelesen, gelacht, gelocht.

Die bisherige Gesprächstherapie der Europäer mit den Angreiferstaaten hat keine Ergebnisse erbracht, die vorzeigbar wären. Solange der Westen nicht in der Lage ist, seine Wünsche mit Drohungen und seine Drohungen mit Konsequenzen zu kombinieren, wird er keine Erfolge haben. Den einfachen Beschäftigten und den Erfindern verweigert Europa heute jene Protektion, deren sie bedürften.

50 Jahre lang wurde es von vielen bestritten, heute weiß es jedes Kind: Ohne die Nato gäbe es kein freies Europa. Hätte das westliche Verteidigungsbündnis nicht mit großer Entschlossenheit immer wieder seine Kampfbomber und Panzerdivisionen vorgezeigt, modernisiert und sie zuweilen auch aufgestockt, wäre der Sowjetkommunismus nicht implodiert, sondern in Richtung Westen gezogen.

Am Ende des Kalten Krieges hatten auch die letzten Skeptiker den Clou der Geschichte verstanden: Das Edelste wurde gerade dadurch verteidigt, dass man zum Grausamsten bereit war. Die Friedenstaube überlebte, weil oben auf der Zinne der Falke saß.

Der Weltkrieg um Wohlstand verlangt eine andere, aber nicht minder widersprüchliche Antwort. Und wieder fehlt vie-

len die Phantasie, sich vorzustellen, dass das Gegenüber anderen als friedlichen Zielen nachhängt. Es ist gerade das Unausgesprochene, das die Welten voneinander trennt.

Freie Gewerkschaften werden nicht geschmäht, aber auch nicht zugelassen. Die Umwelt wird als schützenswertes Gut gepriesen und gleichzeitig wie ein Autowrack ausgeschlachtet. Kinderarbeit wird verurteilt – und toleriert. Zum Schutz westlicher Erfindungen gibt es umfangreiche Gesetze, die nur leider keine Anwendung finden. Die Asiaten sind die freundlichsten Angreifer der Weltgeschichte.

Amerikaner und Europäer könnten mit der gebotenen Liberalität auf das andere Menschenbild und das uns fremde Staatsverständnis blicken, würde es nicht in einer Welt des freien Handels zu enormen Rückkopplungen kommen. Der Westen wird, wo kein Schiedsrichter auf die Einhaltung gleicher Regeln pocht, zur rauerer Spielweise ermuntert, gedrängt, zum Teil durch die Verhältnisse regelrecht gezwungen.

Will der westliche Firmenchef nicht an jedem Handelstag als Verlierer vom Platz gehen, muss auch er seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurücküberweisen.

Der Westen glaubt, er verkaufe Maschinen, Automobile und Flugzeuge. Doch als Beigabe verkauft er mittlerweile auch ein Stück von sich selbst. Nicht wenige Politiker und Unternehmer sind bereit, Selbstmord aus Angst vor dem Tode zu begehen.

Mehr Selbstbewusstsein wäre angebracht. Was die Nato im Zeitalter militärischer Bedrohung für den Westen bedeutete, könnte im Angesicht der ökonomischen Herausforderung eine transatlantische Freihandelszone leisten.

Zwei Wirtschaftszonen, die EU und die USA, vielleicht noch um Kanada erweitert, würden dem Schwinden ihrer jeweiligen Marktmacht durch die Addition der Kräfte entgegenwirken.

Gemeinsam bringen Europäer und Amerikaner noch immer einiges Gewicht auf die Waage. Rund 13 Prozent der Menschheit und rund 60 Prozent der heutigen Weltwirtschaftskraft stünden bereit, nicht nur als Produzenten und Konsumenten von Waren, sondern auch als Nachfrager und Anbieter von Werten aufzutreten.

Amerikaner und Europäer würden im Licht dieser Kooperation wieder näher zueinanderrücken. Die im Kalten Krieg bewährte Waffenbrüderschaft könnte im Weltwirtschaftskrieg fortgesetzt werden, wobei das Ziel, Freiheitserhalt und Wohlstandsmehrung, das alte bliebe und nur das Instrument sich verändert hätte.

Die imposanteste Wirkung einer solchen Megafusion der Märkte und der Politiken ließe sich aber zweifellos in Fernost erzielen. Die Boomregion der vergangenen anderthalb Jahrzehnte würde aufhören. Die neue Botschaft würde lauten: Der Preis der Ware interessiert den Westen noch immer, aber genauso interessiert ihn die Art seines Zustandekommens.

Länder, die in ihren Grenzen keine freien Gewerkschaften dulden, die Frauen und Kinder genauso ausbeuten wie die Natur, würden nicht länger mit Zollpräferenz verwöhnt. Der Vorteil, den sich die Angreiferstaaten durch ihr heutiges Verhalten zu verschaffen suchen, könnte sich erstmals als ihr Nachteil erweisen.

Die Freihandelszone wäre nach innen eine Freiheitszone, die ihren Bewohnern Mut macht, und nach außen wäre sie eine Festung, zumindest für jene, die sich bewusst ihren Werten verweigern oder diese gar mit Füßen treten. Der Fehler der Europäischen Union, die sich an den Außengrenzen bisher servil verhalten hat gegenüber den Feinden der Freiheit, die nahezu jedem Drittstaat das Recht auf gleiche Konditionen zugestand und so den Exklusiv-

sche Variante des alten Teile-und-herrsche-Spiels, das darauf setzt, Europäer und Amerikaner gegeneinander in Stellung zu bringen, könnte auf diese Art zumindest erschwert werden. Die deutsche EU-Präsidentschaft ließe sich womöglich nutzen, dieses Jahrhundertprojekt anzuschieben.

Wenn Merkel von der Idee einer Freihandelszone spricht, denkt sie an das Ökonomische, aber nicht ausschließliche. Der Vorteil der Firmen lässt sich noch am ehesten auf Heller und Pfennig berechnen, wenn man an den Wegfall von Zöllen und die Beseitigung bürokratischer Regularien denkt. Aber zusätzlich tritt eben ein Nutzen hinzu, der unsichtbar ist, der auf dem Rechenschieber keinerlei Spuren hinterlässt, um dennoch die Topografie der Macht zu beeinflussen. Merkel spricht von den „nichtmateriellen Werten“, die auf diese Art erhalten und gestärkt würden.

Eine transatlantische Freihandelszone würde ein Signal aussenden, das einer politischen Fanfare gleichkäme. Seht her, die Gleichgesinnten schließen sich zusammen. Die Herkunftsländer der Aufklärung füh-

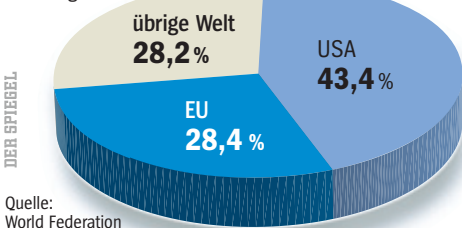
Kraftzentrum der Weltwirtschaft

Die Bedeutung des europäisch-amerikanischen Wirtschaftsraums

Aktienkapitalisierung

Weltweiter Marktwert der börsennotierten Unternehmen: **40,6 Billionen \$**

Aufteilung nach Regionen:



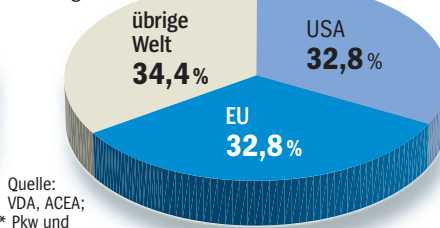
Quelle: World Federation of Exchanges

Absatzmarkt für Automobile

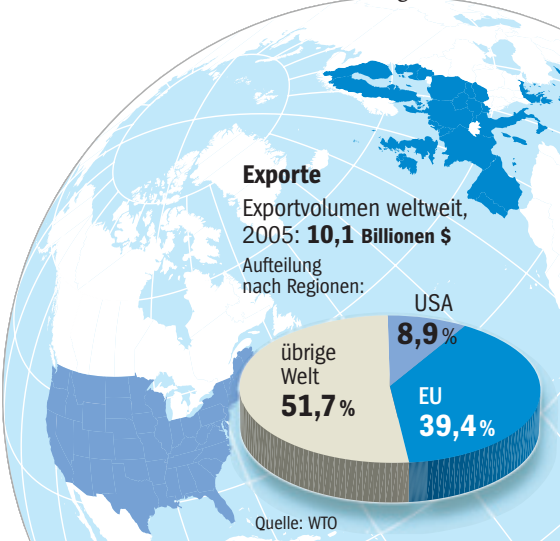
Kraftfahrzeugabsatz* weltweit, 2005:

51,5 Mio. Stück

Aufteilung nach Regionen:



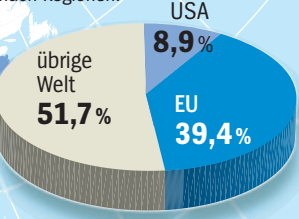
Quelle: VDA, ACEA;
* Pkw und leichte Nutzfahrzeuge



Exporte

Exportvolumen weltweit, 2005: **10,1 Billionen \$**

Aufteilung nach Regionen:



Quelle: WTO

Es käme im Zuge einer solchen Freihandelszone unweigerlich zur Konvergenz der Wirtschaftssysteme; Europa würde amerikanischer, die USA müssten sich europäisieren, wenn auch beides in einem langsamen und Jahrzehnte währenden Prozess.

Die Politik hätte ihren Herrschafts- und Gestaltungsraum vergrößert. Große Chancen und Erwartungen lasteten auf ihr.

Der ökonomische Nutzen der Veranstaltung liegt auf der Hand. Der Westen würde vor allem zurückgewinnen, was er zumindest teilweise schon verloren hat: die Kraft, technische Standards zu setzen; wobei „setzen“ in der Weltwirtschaft von heute „durchsetzen“ meint. Die Produktionsbedingungen, also der Umgang von Arbeit und Kapital miteinander, würden nicht mehr nur von außen diktiert, sondern von innen gestaltet.

sivitätsvorteil der Mitglieder weitgehend zerstörte, wäre damit behoben.

Eine transatlantische Freihandelszone hätte Größeres im Auge als nur die Interessen der Import- und Exporthändler. Frieden in Freiheit war das Motto der Nato. Ein Wohlstand mit Werten wäre das Ziel der transatlantischen Freihandelszone. Einer dieser Werte wäre der feste Wunsch und Wille, dass dieser Wohlstand für möglichst alle gilt.

Der Gedanke eines selbstbewussten und daher wehrhaften Westens bewegt auch die Frau im Kanzleramt. In den seltenen Momenten, in denen es für Angela Merkel jenseits der Tagespolitik um strategische Weichenstellungen geht, rückt die transatlantische Freihandelszone in ihr Blickfeld: Einen Zusammenschluss der Gleichgesinnten sieht sie dann vor sich. Die asiati-

len sich zwar dem Individuum und seinen Freiheitsrechten verpflichtet, aber nicht in einer Ausschließlichkeit, die der kollektiven Kraftanstrengung entgegenstünde. Die Führung der Welt mögen am Ende andere übernehmen, aber sie wird ihnen weder willfährig angedient noch kampfflos überlassen.

Niemand Geringeres als Henry Kissinger, der Altmeister der amerikanischen Außenpolitik, ermuntert die westlichen Regierungschefs, konkrete Schritte in Richtung einer solchen Freihandelszone zu wagen. Die Größe der Aufgabe solle niemanden erschrecken.

„Die Aufgabe der Regierenden besteht schließlich darin“, sagt Kissinger, „ihre Gesellschaften von dem Punkt, an dem sie stehen, dorthin zu führen, wo sie noch nie gewesen sind.“ ♦